

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 1-2013



THEMA PERSPEKTIVEN DER DEMOKRATIE

JETZT ABER MAL ECHT

MIT BEITRÄGEN VON TANJA TABBARA, MARIO CANDEIAS, ALEX DEMIROVIĆ, PETER SCHÄFER, STEFAN THIMMEL UND PETER ULRICH

RÜCKBLICK 500 AKTIVISTINNEN BEI STREIKKONFERENZ

AUSBLICK FEST DER LINKEN ZIEHT AN DEN LUXEMBURG-PLATZ

BLICKPUNKT KRIEG UM KRIEG - DIE WELT VOLLER KONFLIKTE

ANALYSE NSU-TERROR UND DIE DEBATTE UM EIN NPD-VERBOT

Saxofonistin der Band «Gita and the Pearls of Music»
bei der Verleihung des Clara-Zetkin-Preises in Berlin, März 2013
Foto: Kameradist Wagner



IMPRESSUM ROSALUX — Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung — Gesellschaftsanalyse und Politische
Bildung e. V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · **Redaktion:** Telefon 030 44310-
130, journal@rosalux.de · **Verantwortlicher Redakteur:** Henning Heine (V.i.S.d.P.)
Bildredaktion: Erwin Heil · **Lektorat:** TEXT-ARBEIT, Berlin · **Redaktionsschluss:** 8. Mai
2013 · **Titelfoto:** Revoluzie/Flickr · **Satz:** Heike Schmelter · **Gesamtherstellung:** Media-
Service GmbH Druck und Kommunikation · **Auflage:** 5.000 Stück · **Vertrieb:** Karin Malin-
griaux, Telefon 030 44310-123, Fax -122, malingriaux@rosalux.de · Printed in Germany,
Mai 2013 · ISSN 1864-6794 <http://journal.rosalux.de>

EDITORIAL 3

RÜCKBLICK

Streikkonferenz mit 500 Teilnehmenden in Stuttgart	4
Bildungstage zu Rosa Luxemburg in Berlin	5
Symposium würdigt Werk von Frigga Haug	5
Buchmesse Leipzig: Bühne und Stand gut besucht	6
Politiker befragen Journalistinnen zur Eurokrise	7
Lesungen bei den «Münzenberg-Lektionen»	7
Gute Resonanz auf LiMA und Red Media Camp	8
Zu den Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb	9
«Ladies Night» am Frauentag	9

AUSBLICK

Fest der Linken zieht an den Rosa-Luxemburg-Platz	10
Kongress zum Thema Umverteilen in Berlin	11
Kolloquium und Seminare zum Werk von Karl Marx	11

BLICKPUNKT

Krieg um Krieg – immer mehr Konflikte weltweit	12
Zehn Jahre Irakkrieg – ein blutiges Kapitel	13
Malis Zukunft nach der Intervention Frankreichs	14
Die Schwäche der Afrikanischen Union	15

ANALYSE

Debatte um ein erneutes NPD-Verbotsverfahren	16
Transnationaler Protest von Geflüchteten	17
Katholische Kirche und ihre Skandale	18
Protestantische Suche nach Alternativen	19
150 Jahre Arbeiterbewegung in Deutschland	20/21
Die Angst des Journalismus vor der sozialen Kluft	22

THEMA «PERSPEKTIVEN DER DEMOKRATIE»

Alex Demirovic: Paralleler Notstand	23
Interview mit spanischer Aktivistin Paula Guisande	24
Peter Ullrich: Im Ausnahmezustand	26
Peter Schäfer/Tanja Tabbara: Schluss mit Orientalismus	27
Stefan Thimmel: Würdevolles Treffen	28
Mario Candeias: Hauptquartiere im Blick	30

INTERNATIONALES

Russland: Keine Demokratie nach Westmuster	31
Georgien am Ende der Präsidentschaft Saakaschwili	32
Linke Medien und Proteste in Südosteuropa	33
Traditionelle Linke fehlt bei Konferenz in Indien	34
Lesungen in der Festung – die Buchmesse Havanna	35

STIFTUNG

Gesprächskreis «Arbeit und Leben» seit 2006 aktiv	36
---	----

LESENSWERT

Erinnerungen von Angelica Balabanoff an Lenin	37
Neuerscheinungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	38



Dagmar Enkelmann

Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

ist bald alles nur noch Troika von Portugal bis Polen oder kommt doch noch ein europäischer Frühling? Steht das neoliberale Triumvirat sinnbildlich für die gesellschaftliche Zukunft oder sind es die DemonstrantInnen auf den Plätzen in Madrid, Frankfurt am Main, Nikosia? Was in Krisenzeiten aus der Demokratie wird, ist das Thema dieser RosaLux-Ausgabe. Die jüngsten Entwicklungen in der Europäischen Union geben wenig Anlass zu Optimismus. Die «marktkonforme Demokratie», von der Bundeskanzlerin Merkel im Jahr 2011 sprach, nimmt mehr und mehr Gestalt an. Das ist keine Überraschung, hat doch die EU ihre Zukunft einst allein auf einer Währungsunion gebaut, ohne Wirtschafts- und Sozialunion, ohne verlässliche Regeln für die Beschäftigten. Für das Wohl des Finanzmarkts ignoriert der Staatenbund auch schon mal seine eigenen Gipfelbeschlüsse, wie gegenwärtig zur Bankenaufsicht. Ein rechtlicher Rahmen dafür sollte ursprünglich schon Ende 2012 stehen, kommen wird er nun voraussichtlich erst im Sommer des nächsten Jahres. Damit verbunden sein könnte ein Einlagensicherungskonzept, das auch die Kundinnen und Kunden von Sparkassen und Genossenschaftsbanken zum Verlustausgleich von Banken und Fonds heranzieht. Das Beispiel Zypern lässt grüßen.

Das Krisenmanagement stehe unter Kontrolle der VermögensbesitzerInnen und ihrer RepräsentantInnen, konstatiert Alex Demirovic im einleitenden Beitrag des Heftschwerpunkts (Seite 23). Sie installierten neben der parlamentarischen Demokratie ein «paralleles Notstandsregime». Seine Herrschaft übt es dabei nicht nur über Verträge und mittels Verwaltungsakten aus – sondern zunehmend auch mit Schlagstock, Pfefferspray und Wasserwerfern, wie Peter Ullrich in seinem Text zu den Urständen repressiver Polizeistategien darlegt. Aber es gibt auch das andere Gesicht der europäischen Gesellschaft, entschlossen zum Widerstand gegen Sozialabbau und Kürzungspolitik. Ein Fazit der Protestbewegung in Spanien

aus Sicht junger GewerkschafterInnen zieht die Aktivistin Paula Guisande. Vorschläge für eine «Neugründung Europas» – etwa durch Verfahren zur Rechtmäßigkeit von Staatsschulden – unterbreitet Mario Candeias. Was binnen zwei Jahren aus den Aufbrüchen in Nordafrika wurde und welche Bedeutung das jüngste Weltsozialforum in Tunis für das Streben nach mehr Demokratie hatte, beleuchten Tanja Tabbara, Peter Schäfer und Stefan Thimmel. Auch jenseits des Schwerpunkts taucht die Demokratiefrage nahezu durchgängig im Heft auf – sei es im Rückblick auf eine sehr gut besuchte Konferenz in Stuttgart zu zeitgemäßen Streikformen (Seite 4), beim Ausblick auf den Großkongress «Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit» in Berlin (Seite 11) und die Einordnung von 150 Jahren Arbeiterbewegung in Deutschland (Seite 21/22), sei es bei einer Positionsbestimmung der Politik von Präsident Putin in Russland oder im Interview zu den Massenprotesten in Slowenien (ab Seite 31).

Wie weiter in Europa? Die rein fiskalische Ausrichtung sei ein schwerer Konstruktionsfehler der Union und stelle eine existenzielle Bedrohung für den Euro dar, sind die Ökonomen Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas in einer soeben veröffentlichten Studie für die Stiftung überzeugt. Sie plädieren für die Stützung schwächerer Staaten mit EZB-Krediten und Eurobonds sowie die Stärkung der jeweiligen Binnenwirtschaften. Eine Option aus Sicht der Wissenschaftler ist der Austritt eines Landes aus dem Euro oder gar dessen Abschaffung – eine Position, die unter Linken kontrovers diskutiert wird (www.rosalux.de/eurokrise). Jenseits der Debatte um die Zukunft des Euroraums steht indes eines fest: Die Demokratiefrage wird sich auch daran entscheiden, worum es Linken im Kern immer gehen muss – ein gleich gutes Leben für alle.

DAGMAR ENKELMANN IST VORSTANDSVORSITZENDE, FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

BLOCKUPY Das Aktionsbündnis ruft erneut zu Protesten gegen das europäische Krisenregime in Frankfurt/Main auf. Die Stiftung unterstützt unter anderem die zentrale Veranstaltung am 31. Mai ab 19.30 Uhr auf dem Roßmarkt. Unter dem Titel «Kapitalismus konkret: Nachrichten aus dem Maschinenraum» werden vier Erzählungen aus Pakistan, Ägypten, Italien und Deutschland präsentiert, die sich um den Zusammenhang von zunehmender sozialer Ungleichheit hierzulande und den Produktionsverhältnissen in der Bekleidungsindustrie Südasiens drehen, um den «Arabischen Frühling», den Widerstand gegen die Krisenpolitik im Süden Europas sowie um die Kämpfe in der hiesigen Automobilindustrie. Gäste sind unter anderem die Generalsekretärin der Home Based Women Workers Federation aus Karachi, Zehra Khan, und der Betriebsratschef von Opel Bochum, Rainer Eienkel. Mehr Infos unter <http://www.blockupy-frankfurt.org>.



Kaum noch ein Platz frei: Vollbesetzter Veranstaltungssaal bei der Streikkonferenz im März im Stuttgarter Gewerkschaftshaus

FLORIAN WILDE/FANNY ZEISE

ERFOLGREICHE ARBEITSKÄMPFE

GEWERKSCHAFTERINNEN DISKUTIEREN IN STUTTGART ÜBER STREIKSTRATEGIEN

Mehr als 500 Gewerkschaftsaktive, ForscherInnen und Studierende kamen Anfang März zur Konferenz «Erneuerung durch Streik» ins Stuttgarter Gewerkschaftshaus.

Auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von Verdi Stuttgart tauschten sie sich über Streikerfahrungen aus. «Es gibt keine wissenschaftliche Sozialkritik ohne Sozialkritik in der Praxis.» So beschrieb Klaus Dörre von der Universität Jena in der Abschlussrede sein Verständnis kritischer Wissenschaft und würdigte die auf der Konferenz zusammengetragenen praktischen Erkenntnisse. Neben dem Erfahrungsaustausch ging es in den drei Tagen aber auch um gewerkschaftliche Erneuerung durch eine aktive und demokratische Streikkultur. Bernd Riexinger, LINKEN-Vorsitzender und Ex-Geschäftsführer von Verdi Stuttgart, berichtete, wie eine solche Streikkultur im Südwesten über Jahre hinweg aufgebaut wurde. Wichtig sei die demokratische Funktion der Streikversammlung, in der die Streikenden zusammenkommen, und gemeinsam die Strategie entwickeln: «So entstehen eine große Kampfkraft und ein hohes Verantwortungsbewusstsein.» Ähnliche Erfahrungen mit der Einbeziehung von Beschäftigten in die Streikentscheidungen steuerte Robert Weißenbrunner, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Hanau-Fulda, bei. Im Arbeitskampf in der Vacuumschmelze Hanau berieten die 1.500 Beschäftigten jeden Schritt. In der Urabstimmung sprachen sich dann 94 Prozent der Belegschaft für einen unbefristeten Streik aus, an dessen Ende der Arbeitgeber die Tarifbindung akzeptieren musste.

Dass das auch in prekären Bereichen klappen kann, machten Kolleginnen aus dem Einzelhandel deutlich. Früher, so Christina Frank von Verdi Stuttgart, sei ein mehrtägiger Streik im Einzelhandel wegen der extrem flexibilisierten Arbeitsverhältnisse kaum vorstellbar gewesen.

«Aber als wir dann erstmal Kontakt zu den jungen Frauen hatten, entwickelte sich eine unglaubliche Kreativität.» Spontane Arbeitsniederlegungen, die den Einsatz flexibler Kräfte und damit den Streikbruch erschweren, wurden gemeinsam entwickelt. Dass neben der Motivation der Beschäftigten auch öffentlicher Druck eine wichtige Rolle spielen kann, machte die Betriebsrätin Bärbel Thamhayn am Beispiel der Auseinandersetzung bei EDEKA deutlich. Oftmals sei Unterstützung von außen nötig, um rabiaten Arbeitsgeberstrategien etwas entgegenzusetzen und den Streikenden Mut zu machen. Diese Erfahrungen wurden auch mit Blick auf den anstehenden Großkonflikt im Einzelhandel ausgewertet. Um Gewerkschaften zu stärken, so der Tenor der Konferenz, müsse das wichtigste Machtmittel der Gewerkschaften, der Streik, offensiv und innovativ genutzt werden. «Viel hängt vom Handeln der Akteure ab», konstatierte Klaus Dörre und betonte, Gewerkschaften hätten – auch in Krisenzeiten – eine «strategische Wahl». Die Diskussion über Streikstrategien und konkrete Schritte soll auf regionalen Treffen und in Publikationen weitergeführt werden. Angedacht ist auch eine Folgekonferenz in Hannover. Mehr unter www.rosalux.de/documentation/46538.

FLORIAN WILDE GEHÖRT DEM VORSTAND DER PARTEI DIE LINKE AN. FANNY ZEISE IST REFERENTIN FÜR ARBEIT, PRODUKTION, GEWERKSCHAFTEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

EINE ANALYSE von Catharina Schmalstieg lässt sich downloaden unter www.rosalux.de/publication/39112. Zudem beschäftigt sich die «LuXemburg» aktuell mit Perspektiven der Gewerkschaftsarbeit.

EVELIN WITTICH

ZICKZACK DER GESCHICHTE

ROSA-LUXEMBURG-BILDUNGSTAGE DREHEN SICH UM DIE NATIONALITÄTENFRAGE

Die Rosa-Luxemburg-Bildungstage nahmen sich dieses Jahr die Nationalitätenfrage zum Schwerpunkt. Anlass bot die Übersetzung der Arbeit «Nationalitätenfrage und Autonomie», die Rosa Luxemburg 1908/09 verfasst hatte.

Nicht nur Lenins Urteil, aus Sicht eines konsequenten Marxisten sei Luxemburgs Arbeit zu neun Zehnteln Unfug, hatte die Rezeption lange erschwert. Auch die politische Entwicklung zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Untergang des sowjetischen Entwicklungsmodells leistete dem Vergessen Vorschub. Anders als Rosa Luxemburg vorhergesehen hatte, kam es zu fröhlicher Auferstehung der Nationalismen, von denen der deutsche mit allen Haltelinien bürgerlicher Zivilisation brach. Luxemburgs Verständnis beruhte aber auf der Überzeugung, der Kapitalismus sei eine unumkehrbare internationale Erscheinung, weshalb von einer Weltform der menschlichen Gesellschaft ausgegangen werden müsse. Politischer Nationalismus sei daher anachronistisch. Der Streit zwischen Luxemburg und Lenin zielte immer auf zwei grundsätzliche Fragen. Während Luxemburg überzeugt war, der Klassenkampf des Proletariats sei wirkungsvoller Schutz für die in der bürgerlichen Gesellschaft bereits erkämpften Errungenschaften, waren solche Fragen für Lenin zweitrangig. Luxemburg verstand Sozialismus folgerichtig als etwas, was aus der schon erreichten Weltform der

menschlichen Gesellschaft durch Klassenkämpfe und Revolution entspringe. Der Leninsche Weg widersprach diesem Ansatz, schlichterte schnurstracks auf eine begrenzte nationale Ebene, aus der er nie mehr herauskam. So meinte Holger Politt, der Weg der Sowjetunion sei nichtkapitalistisch gewesen, aber als Folge eines nationalen Prozesses, der praktisch über die gesamte Zeit Entwicklungsdiktatur in nationalstaatlichen Grenzen nötig gemacht habe. Ein interessanter Einwurf aus dem Publikum: Weshalb sei es dann nach dem Ende des sowjetischen Blocks in Europa zur Renaissance der Nationalismen gekommen? Hier verwies Politt auf Rosa Luxemburg, die keinen Zweifel an der Zickzackbewegung geschichtlicher Abläufe gehabt, aber die entscheidenden Entwicklungslinien nie aus dem Auge verloren habe. Eine solche sei heute die Ausbildung eines länderübergreifenden europäischen Marktes, unter dessen Bedingungen die Nationalismen meist wirksam eingebunden seien. Rosa Luxemburg wusste: Unter den Bedingungen eines gemeinsamen Marktes können und müssen Menschen lernen, sich als Glieder ein- und derselben Gesellschaft zu begreifen, sonst werden sie entlang solcher Linien auseinanderdividiert. Die Veranstaltung ist dokumentiert unter www.rosalux.de/documentation/48043.

EVELIN WITTICH IST DIREKTORIN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MICHAEL BRIE

HERRSCHAFTSKNOTEN LÖSEN

EIN SYMPOSIUM WÜRDIGT DAS THEORETISCHE WERK VON FRIGGA HAUG

Die Philosophin Frigga Haug hat in der deutschen Linken einen lebendigen marxistischen Feminismus geprägt. Zu ihrem 75. Geburtstag lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 15. März zum Symposium für die Theoretikerin.

Der scharfsinnige Beobachter Bertolt Brecht schrieb: «In den Zeiten der Schwäche fehlt es oft nicht an richtigen Leitsätzen, sondern an einem einzigen. Von der Lehre passt ein Satz zum andern, aber welcher passt zum Augenblick?» Und weiter: «In den Zeiten der Schwäche ... ist viel nötig und kann wenig geschehen.» Die Frage, weshalb der Weg von der Erkenntnis zur Veränderung so schwer ist, beantwortete Frigga Haug auf dem Symposium damit, dass Herrschaft die Unterlegenen verstrickt, dass sie sich selbst binden in Verhältnisse, denen sie sich dabei unterwerfen. Ihre eigenen Anstrengungen, Hoffnungen und Wünsche sind es, die die Herrschaftsknoten enger machen. Indem sie an einem Ende ziehen, binden sie alle Enden noch fester zusammen. Wie also diese Knoten befreiend und solidarisch auflösen? Dazu brauche es Strategien, die an verschiedenen Fäden zugleich ziehen, eine Vier-in-Einem-Perspektive, durch die erst sehr unterschiedliche Forderungen der sozialen, der ökologischen, der feministischen, der radikaldemokratischen Linken ihre befreienden Charakter erhalten. Das Symposium war Teil der gemeinsamen Arbeit, die Frigga Haug mit der Rosa-Luxemburg-Stif-

tung verbindet. Denn Sie ist nicht nur Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats, sondern auch Autorin zahlreicher Publikationen der Stiftung. Das Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus, das sie gemeinsam mit ihrem Mann Wolfgang F. Haug und Wolfgang Küttler herausgibt, wird durch die Stiftung gefördert. Das Symposium folgte dem von Frigga Haug gespannten Bogen. Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN, griff die Marxsche These auf, dass in einer nachkapitalistischen Gesellschaft sich letztlich alle Ökonomie in der Ökonomie der Zeit auflöse. Die Frauenaktivistin Gabriele Dietrich zeigte, wie sich Herrschaftsknoten und befreiende Kämpfe in Südin- dien unter den Bedingungen der unheilvollen Verknüpfung von neoliberalen Finanzmarktkapitalismus und Frauenunterdrückung, Landraub und Zerstörung der gemeinschaftlichen Lebensgrundlagen darstellen. Weitere Rednerinnen würdigten Friggas Leistungen in der Bildungsarbeit, ihre Verlags- und Forschungstätigkeit, so etwa das von ihr geleitete Projekt zur Automation und Qualifikation, das in den 1970er und 1980er Jahren auch Impulse für die strategische Orientierung der IG Metall gab. Alle Vorträge des Symposiums werden in der Reihe «Papers» der Stiftung erscheinen. Dokumentation unter www.rosalux.de/documentation/48090.

MICHAEL BRIE IST DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Auf der «Bühne» in Halle 5 der Leipziger Messe stellten linke Verlage ihre neuesten Publikationen vor

MARTIN BECK

LEISTUNGSSCHAU IN LEIPZIG

DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG PRÄSENTIERT SICH AUF DER BUCHMESSE

Keine neun Minuten dauert es, dann ist die erste Fuhre der orangefarbenen Schlüsselanhänger mit der Aufschrift Rosa-Luxemburg-Stiftung weg. Im Vorbeigehen greifen die Leute zu. Das Gedränge ist riesig. Es ist der dritte Tag der Leipziger Buchmesse, kurz nach 10 Uhr. Die Ausstellungsflächen wurden gerade erst für die BesucherInnen geöffnet. Und schon schieben sich Menschenmengen durch den schmalen Gang C in Halle 5. Diese Völkerwanderung wird den ganzen Tag nicht abreißen. An diesem Samstag muss zeitweise der Zugang zu den einzelnen Hallen auf dem Messegelände geschlossen werden. Der Andrang ist zu groß. Mit rund 168.000 BesucherInnen stellte die Leipziger Buchmesse in diesem Jahr einen Rekord auf. Die VeranstalterInnen des Frühjahrstreffens der Buchbranche, das vom 14. bis 17. März stattfand, zogen zufrieden Bilanz. Das erneut gestiegene Besucherinteresse war auch am Stand der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu bemerken. Zusammen mit dem Karl Dietz Verlag Berlin präsentierte die Stiftung dort aktuelle Publikationen.

Ihre Zeitschriften RosaLux und LuXemburg waren ebenso zu finden wie jüngste Veröffentlichungen aus den Reihen Standpunkte, Papers, Analyse oder luxemburg argumente. Einträchtig standen die roten Bände der Reihe «Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus», erschienen im Karl Dietz Verlag Berlin, neben dem bundeswehrkritischen Band «Armee im Einsatz» oder dem Sammelband «Politische Streiks im Europa der Krise», die von der Stiftung in Kooperation mit dem VSA: Verlag herausgegeben wurden. Nicht fehlen durften an dem Stand natürlich auch die unvermeidlichen Giveaways – Lesezeichen, Kugelschreiber oder eben Schlüs-

selanhänger. Gleich nebenan war «Die Bühne». Unterstützt von der Messe Leipzig und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, bot die Leseinsel mehrerer linker Verlage inhaltliche Kost. Im Halbstundentakt gab es Lesungen, Vorträgen und Diskussionen. Julia Killet etwa, Regionalmitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern, las hier aus ihrem Buch über die kommunistische Schriftstellerin und Journalistin Maria Leitner. Wacker behauptete sich das Programm gegen das Schaulaufen der Promis, die von den Platzhirschen der Branche haufenweise nach Leipzig gekarrt wurden. Sogar als Michail Gorbatschow nur 50 Meter weiter seine Memoiren vorstellen sollte, blieb es voll auf der Leseinsel. Und daran dass der 82-Jährige seinen Auftritt kurzfristig abgesagt hatte, kann es nicht gelegen haben, denn das dürfte in dem Getümmel kaum jemandem rechtzeitig aufgefallen sein. Irgendwie schon erstaunlich: Trotz 2.900 AutorInnen und Mitwirkenden, 2.800 Veranstaltungen und mehr als 365 Leseorten findet bei dieser Leistungsschau des Buchmarkts auch der Auftritt der Stiftung seine LiebhaberInnen.

MARTIN BECK ARBEITET IM BEREICH POLITISCHE KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND WAR DAS ERSTE MAL AUF DER BUCHMESSE IN LEIPZIG

AUF DEN SEITEN 37 UND 38 werden aktuelle von der Stiftung herausgegebene Bücher vorgestellt. Und auf der Webseite gibt es eine Übersicht über sämtliche Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.rosalux.de/publikationen.html

ALEXANDER AMBERGER

ROLLENTAUSCH AM MIKROFON

POLITIKERINNEN FRAGEN JOURNALISTINNEN NACH WEGEN AUS DER EUROKRISE

PolitikerInnen entscheiden – KommentatorInnen wissen es besser. Dieses Bild vermittelt der tägliche Blick in die Medien.

Im Rahmen der zehnten Linken Medienakademie (LiMA) fand nun im März in Berlin die Podiumsdiskussion «Politik grillt Kommentar» statt, bei der diese Rollen vertauscht wurden. Oder besser: werden sollten, denn der eigentlich als Moderator fungierende LINKEN-Politiker Axel Troost konnte sich eigene Statements nicht verkneifen. Mit ihm moderierte Sabine Reiner (Verdi Bundesverwaltung, Vizevorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung) die Runde, an der Ulrike Herrmann von der taz, der Blogger Thorsten Hild (www.wirtschaftundgesellschaft.de) und Holger Zschäpitz, Wirtschaftsredakteur der Welt, teilnahmen. Im Mittelpunkt standen die Auswirkungen des Fiskalpaktes auf die Kommunen und mögliche Auswege aus den damit verbundenen Sparzwängen. Die Idee hinter der Veranstaltung: WirtschaftsjournalistInnen sollten praxistaugliche Vorschläge zur Überwindung der Eurokrise unterbreiten und ihre Überlegungen zur Schulden- bzw. Sparpolitik darstellen. Präsentiert wurde die Diskussion von «Helle Panke» und der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Während Zschäpitz dem Staat vorwarf, nicht mit Geld umgehen zu können, entgegnete Axel Troost, dass Austeritätspolitik und Privatisierungen die europäischen Probleme nicht lösen würden. Mit Blick

auf die Kommunen warnte Ulrike Herrmann vor einer Aushöhlung der Demokratie, wenn die Gemeinderäte parteiübergreifend nur noch das Elend verwalten könnten, statt Politik zu gestalten. Hild setzte hier nach und berichtete von HandwerkerInnen, die keine öffentlichen Aufträge mehr erhielten, weil die Kommunen so klamm seien. Sein Beispiel war ein Maler, der beklagte, dass Klassenzimmer heute im Ehrenamt von Eltern renoviert würden. Diese Sparpolitik schaffe neue Arbeitslose und vergrößere den Niedriglohnssektor. Zschäpitz' Einwand, dass Ein-Euro-JobberInnen oftmals sinnlose Tätigkeiten verrichteten, fiel ihm umgehend auf die Füße: Ohne die neoliberale Agenda 2010 würde es solche Jobs gar nicht geben, so Ulrike Herrmann. Und so drehte sich die anschließende Diskussion über Arbeitsmarktkonzepte, Möglichkeiten zur besseren finanziellen Ausstattung von Kommunen und mehr Bürgerbeteiligung. Am Ende merkte Axel Troost selbstkritisch an, dass die ModeratorInnen die JournalistInnen vielleicht etwas zu sanft angefasst hätten. Aber es sei ja auch der erste Versuch gewesen. Gegen einen zweiten ist wenig einzuwenden, dann aber vielleicht mit etwas mehr Feuer unter dem Rost. Die Diskussionsrunde kann unter www.rosalux.de/documentation/48200 angesehen werden.

ALEXANDER AMBERGER IST MITARBEITER DER «HELLEN PANKE» E.V. – ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG BERLIN

WLADISLAW HEDELER

WIE AUF BRUCHSCHOLLEN

IRINA LIEBMANN LIEST IN DER STIFTUNG ÜBER IHREN VATER RUDOLF HERRNSTADT

Die Kinder der EmigrantInnen, die vor dem Nationalsozialismus flohen, sind inzwischen älter als ihre Eltern es zum Zeitpunkt der Rückkehr nach Deutschland waren.

Irina Liebmann, Tochter des ehemaligen Chefredakteurs des Neuen Deutschlands, Rudolf Herrnstadt, ist der Einladung in den Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefolgt, die Geschichten, die sich um ihre Familie ranken, nachzuerzählen. Dazu las sie aus ihrem Buch «Wäre es schön? Es wäre schön!». Mit sechzig Jahren, nach überstandener Krankheit, ist im Prolog zu ihrem Buch nachzulesen, begann sie, über ihren Vater zu schreiben. Im Zentrum dieser zweiten «Münzenberg Lektion» standen die Hoffnungen der zurückgekehrten KommunistInnen, in Deutschland endlich das zu verwirklichen, wovon sie jahrelang geträumt hatten. «Nach Hitler kommen wir!» Der Journalist und Autor Sergej Lochthofen hatte in der ersten «Münzenberg Lektion» von der schnell einsetzenden Ernüchterung erzählt, die den Ende der 1950er Jahre aus sowjetischer Verbannung in die DDR zurückgekehrten Vater Lorenz Lochthofen erfasst hatte. Lorenz Lochthofen war trotz seiner Vorgeschichte als Insasse eines sowjetischen Lagers Mitte der 1960er Jahre Mitglied im Zentralkomitee der SED. Nun skizzierte Irina Liebmann die Niederlage ihres Vaters im Zirkel der Macht. Was den Vätern Lorenz Lochthofen und Rudolf Herrnstadt blieb, war der Traum von einer besseren

Welt. Rudolf Herrnstadt, der fast zeitgleich mit der Gruppe Ulbricht im Mai 1945 als einer der ersten deutschen EmigrantInnen in der Heimat eingetroffen war, hatte als «Aktivist der ersten Stunde» an der Umsetzung seines Traums in der Ostzone und in der frühen DDR gearbeitet. Nach seinem fünfzigsten Geburtstag verlor Herrnstadt den Posten als Chefredakteur des Neuen Deutschland, den er seit Mai 1949 innehatte, wenig später folgte der Ausschluss aus dem Zentralkomitee der SED. Mit dem Tode Stalins war auch die Karriere von Herrnstadt beendet. Seine GenossInnen in der SED verstießen ihn und schoben ihn ab in die Provinz. Doch entmutigt war er nicht. «Mein Vater hat viel und gerne erzählt – und wiederum gar nichts» erinnert sich Irina Liebmann. «Es gab Lieblingsthemen und Redeverbote.» In ihrem Buch versucht sie, diese Leerstellen zu füllen. Irina, die in Merseburg ihren zehnten Geburtstag feierte, nach dem Studium in Leipzig zunächst als Journalistin, dann als freischaffende Schriftstellerin arbeitete, siedelte 1988 mit ihrer Familie nach Westberlin über. Dass ihr Vater das nie getan hat, beschäftigt die Tochter heute noch. Auf <https://soundcloud.com/rosaluxstiftung/sets/munzenberg-lektionen> findet sich eine Audioaufzeichnung.

WLADISLAW HEDELER IST HISTORIKER UND PUBLIZIST. BEI DIETZ BERLIN ERSCHIEN JÜNGST SEIN BUCH «LENIN ODER: REVOLUTION GEGEN DAS «KAPITAL»



Von der Loipe auf die LiMA – beim alternativen Medienkongress in Berlin scheint vieles möglich. Foto: Nick Jaussi

CHRISTOPH NITZ

CAMPUSFEELING PUR

LIMA LOCKT 1.400 LEUTE AN/TWITTER & CO. THEMA BEIM ERSTEN RED MEDIA CAMP

Eine Woche mit mehr als 200 Workshops, Debatten, Vorträgen und Kultur bot die Linke Medienakademie (LiMA) Mitte März in Berlin – Campusfeeling pur.

Mit mehr als 1.400 Teilnehmenden fand der Kongress an der Hochschule für Wirtschaft und Technik (HTW) Berlin großen Anklang. Insbesondere das Musiktheater «Friederich der Wüterich» und die Podiumsdiskussionen zu Medientheorien der DDR mit dem früheren LINKEN-Vorsitzenden Lothar Bisky und zur europäischen Schuldenkrise (Seite 7) fanden viele interessierte ZuhörerInnen. Weitere Höhepunkte waren die Party mit Brockdorff Klang Labor und Sergeij Klang sowie Christoph Nitz von Gringos Fate, der mit Johnny-Cash-Interpretationen und weiteren Klassikern für den musikalischen Abschluss der LiMA sorgte.

Auf dem Innenhof der HTW und im Atrium entstand immer wieder eine quirlige Kongressatmosphäre: Teilnehmende von Fotoworkshops auf der Suche nach dem perfekten Motiv, Interviewteams bei der Umsetzung des Gelernten, Interessierte an den Ständen linker Medien und Projekte auf dem «Markt der Möglichkeiten» – und viele KongressbesucherInnen, die die Pausen zwischen den Unterrichtseinheiten bei zwar eiskaltem, aber sonnigem Wetter zum Kennenlernen und Entspannen nutzten. Das Gebäude der HTW an der Treskowallee, das den diesjährigen Kongress beheimatete, beförderte die gute Stimmung. Denn das im Vergleich zur Technischen Universität kleinere und kompaktere Kongressgebäude ermöglichte es, alle Kurse und Diskussionen unter einem Dach stattfinden zu lassen. Lange Wege blieben den Teilnehmenden ebenso erspart wie größere technische Pannen dank der hervorragenden Ausstattung aller Seminarräume. Auch der nächste Kongress soll wieder auf dem Campus Treskowallee stattfinden.

Unterstützt und ermöglicht wurde die LiMA von etlichen Sponsoren und Medienpartnern sowie unzähligen freiwilligen HelferInnen. Der AStA der HTW sowie die Treslounge leisteten ebenfalls wichtigen Support. Laut dem Veranstalter war die LiMA ein «voller Erfolg und ein sehr schöner Kongress». Teilnehmende und Dozierende seien sehr zufrieden mit dem Verlauf gewesen, und viele hätten sich direkt für den nächsten Kongress im kommenden Jahr angekündigt. Mit einem tollem Team und neuem Elan sollte es bereits im April an die

Organisation der LiMA im Jahr 2014 gehen. Ihr Motto: «Walls and Bridges». Die Verbindung von Debatte und konkreter Umsetzung in Workshops zeichnete auch das erste Red Media Camp wenige Wochen vor der LiMA aus. Mehr als 100 TeilnehmerInnen kamen am Anfang Februar zum Stiftungssitz in Berlin, um sich für den linken Medienalltag fit zu machen. Im Fokus standen die Möglichkeiten des Web 2.0 für AktivistInnen. «Der Einfluss sozialer Medien und des Internets wird nicht nur in den USA extrem überschätzt», mit dieser These startete Hektor Haarkötter in die Diskussion «Wahlen und neue Medien: Obama-Twitter-Hype und die Mühen der deutschen Internet-Ebene». Auch in den USA fänden Wahlkämpfe auf der Straße statt, und die Existenz partizipativer Werkzeuge erspare nicht die «Kärnerarbeit vor Ort», so der Professor an der Hochschule für Medien und Kommunikation München weiter. Von den USA lernen, heiße solide Basisarbeit zu leisten und nicht nur mit einem kleinen Info-Stand Präsenz zu zeigen, sondern wirklich «von Haustür zu Haustür zu gehen und mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.» An der Diskussion im Salon der Stiftung nahmen zudem der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, ND-Chefredakteur Tom Strohschneider, Cornelia Otto von der Piratenpartei und die Bloggerin Julia Seeliger teil. Das Publikumsinteresse war so stark, dass noch Stühle organisiert werden mussten.

Tags darauf starteten die TeilnehmerInnen mit einem Fachvortrag in den Workshoptag. Hektor Haarkötter widmete sich dem Thema «Wahlprognosen ändern nichts, sonst wären sie verboten!». Der Wissenschaftler warb dafür, dass sich AktivistInnen nicht durch Umfragen irritieren lassen sollten, sondern ihre Arbeit zielstrebig und stetig anlegen sollten. Neben der Theorie konnten die TeilnehmerInnen sich Handwerkszeug aneignen: Workshops zu Kampagnenführung, Web 2.0, Videoaktivismus und mehr standen auf dem Plan des Red Media Camps. Die Resonanz auf das erste Camp war durchweg positiv, sodass Stiftung und der LiMA-Verein über eine Fortsetzung nachdenken. Ein Videomitschnitt der Diskussionsrunde findet sich unter www.rosalux.de/documentation/47660.

CHRISTOPH NITZ IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DES VEREINS LINKE MEDIENAKADEMIE (LIMA)

LAURA STIELIKE/PETER ULLRICH

FABRIKEN DES WISSENS

PREKARITÄT UND ARBEITSKÄMPFE IM WISSENSCHAFTSBETRIEB

AkademikerInnen scheinen privilegiert: Sie haben ein höheres Einkommen, ein geringeres Risiko, arbeitslos zu werden, mehr Spielraum in der Gestaltung ihrer Arbeit.

Für das Berufsfeld Wissenschaft trifft dies jedoch nur selten zu: Die Mehrzahl der WissensarbeiterInnen ist befristet oder in Teilzeit beschäftigt. Und die Aussichten sind trübe: Selbst wenn Weiterbeschäftigung durch Kettenverträge gelingt, bleiben Unsicherheit sowie rechtliche und finanzielle Einschränkungen bestehen. Viele arbeiten trotz Teilzeitbezahlung Vollzeit, und der Zwang zu Networking und Selbstvermarktung lässt die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen. Ohne die oft unbezahlte Arbeit von wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, Lehrbeauftragten und PrivatdozentInnen müssten ganze Studiengänge dicht machen. In der politischen Bildung oder der Kunstproduktion sieht es ähnlich aus. Gleichzeitig propagiert die Regierung Wissenschaft und Bildung als Leitbranchen. Warum kommt es in dieser Situation nicht zu Arbeitskämpfen? Warum dreht sich das Hamsterrad eifrig weiter?

Seit mittlerweile drei Jahren beschäftigt sich eine Veranstaltungsreihe von ROSALumni, einer Initiative ehemaliger StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, anderen Initiativen wie reflect! und Kritische Geographie Berlin sowie Einzelpersonen mit diesen Fragen. Während im letzten Jahr alternative Strukturen für linke Wissenschaft als eine Utopie ausgelotet wurden, standen bei der Veranstaltung im Januar 2013 die Möglichkeiten von Arbeitskämpfen im bestehenden Wissenschaftsbetrieb im Vordergrund: Welche Arbeitsbedingungen wünschen wir uns? Welche Forderungen stel-

len wir? Welche Aktionsmöglichkeiten sehen wir? Den Auftakt der zweitägigen Veranstaltung machte eine Podiumsdiskussion unter dem Titel «Sind die Universitäten unsere neuen Fabriken? Interventionen gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb». Im überfüllten Neuköllner Kollektiv-Café k-fetisch diskutierten WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und AktivistInnen ihre Analysen und Handlungsstrategien. Am folgenden Tag vertieften Arbeitsgruppen die Themen. Sie diskutierten postoperaistische Theorieansätze und vor allem praktische Belange: die Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit von Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, die Situation von StipendiatInnen sowie die Organisationsstrategien von künstlerischen und politisch-bildnerischen Prekären.

Dabei wurde deutlich: Trotz einzelner Unterschiede klagten StipendiatInnen, unbezahlte PrivatdozentInnen und freischaffende KunstpädagogInnen über sehr ähnliche Probleme. Ob Universitäten als «Fabriken des Wissens», die eine Vielzahl prekär beschäftigter WissensarbeiterInnen versammeln, Ausgangspunkt von Arbeitskämpfen sein sollten, wurde kontrovers diskutiert. Wichtig schien vielen, über universitäre Statusgruppen und disziplinäre Grenzen hinweg zu denken. Der Wunsch nach Foren des Austauschs über die eigene Situation sowie als Mittel gegen die Vereinzelung und Entsolidarisierung war groß. Die Initiative wird also auch weiter aktiv bleiben. Aktuelle Informationen und Veranstaltungsdokumentation demnächst auf www.rosalumni.net.

LAURA STIELIKE IST POLITOLOGIN AN DER FU BERLIN. PETER ULLRICH IST VERTRAUENSDOZENT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

GELÖSTE STIMMUNG

STIFTUNG SORGT FÜR PARTY-AUSKLANG AM FRAUENTAG

Seit drei Jahren ist die Stiftung mit einer eigenen Veranstaltung bei der Verleihung des Clara-Zetkin-Preises dabei.

Zum Frauentag am 8. März gab es dieses Mal eine «Ladies Night» im Blueroom des Berliner Pfefferbergs. Die Direktorin der Akademie für politische Bildung, Evelin Wittich, hob die Wichtigkeit des Tages auch für viele kleine Projekte hervor, die für Frauenrechte streiten. Anschließend tanzten mehr als 150 Anwesende zur Musik der phänomenalen Frauenband «Gita and the Pearls of Berlin». Zudem bestand Gelegenheit zu Gesprächen mit den Preisnominierten und Gästen aus der ganzen Republik – ein Ort zum Luftholen und Krafttanken für den Kampf gegen Ausgrenzung und Patriarchat, zum Austauschen, Vernetzen und Lachen. Selten habe

sie eine so entspannte und gelöste Stimmung bei einer Veranstaltung erlebt, sagte eine Besucherin. Wesentlich dazu trug die mitreißende Songauswahl der DJane Gloria van Dyke (Foto) bei. Zuvor war der Clara-Zetkin-Preis an die Besetzerinnen der Stillen Straße in Berlin verliehen worden. Besonders erfreulich aus Sicht der Stiftung: die Nominierung des Projekts «Frauensommerakademie». Zunächst auf Initiative der Stiftung entstanden, beginnt dieses Vorhaben mit der Gründung eines Vereins seit Oktober 2012 auf eigenen Füßen zu stehen. Er richtet in diesem Jahr erstmals eigenständig mit Unterstützung der Stiftung die Akademie im Juli in Bad Malente (Schleswig-Holstein) aus. Zusätzliche Informationen unter www.frauensommerakademie.de. EVA SCHÄFER



Foto: Kameradist Wagner



Das Ensemble des «Firmenhymnenhandels» mit Autor Thomas Ebermann (hinten) und Hauptdarsteller Robert Stadlober (2. v. l.). Foto: Conny Winter

HENNING OBENS/AXEL KRUMREY

HYMNENHANDEL IN MITTE

FEST DER LINKEN IN BERLIN: POLITISCHE TALKS UND KULTURELLE HIGHLIGHTS

Das Fest der Linken wechselt dieses Jahr den Ort: Von Prenzlauer Berg geht es am 1. und 2. Juni nach Mitte an den Rosa-Luxemburg-Platz – mit Veranstaltungen auch in den Räumen der Volksbühne und des Kino Babylon.

Damit wird es zu einem Kooperationsprojekt weit über die Partei DIE LINKE hinaus. Die Stiftung präsentiert mit dem Theaterstück «Firmenhymnenhandel» ein kulturelles Highlight. Thomas Ebermann knüpft damit an seine pointierte Kritik aus politischen und satirischen Texten an. Sie sollen die Wirklichkeit «zur Kenntlichkeit entstellen». Schauplatz des Stückes «Firmenhymnenhandel» ist eine Bastion des Rheinischen Kapitalismus, eine Glasfabrik, dessen erzkonservativer Patriarch (Rainer Schmitt) sich zum Jahrestag eine Firmenhymne schenken lassen will. Eigentlich verachtet der Kapitalist vom alten Schlage solch modernistischen Schnickschnack – wie den gesamten Shareholder-Value-Kapitalismus mit seiner Jagd nach Boni und seinen immer waghalsigeren Spekulationen. Doch Tochter (Pheline Roggan), das einst rebellierende Kind, das nun in den Schoß der Familienfirma heimgekehrt ist, drängt den Vater, seine MitarbeiterInnen per Hymne zu motivieren, statt nur durch Akkordlohn und Disziplin anzutreiben. Die Hymnenhändler Toni und Felix (Robert Stadlober und Tillbert Strahl-Schäfer) repräsentieren eine postmoderne Pop-Linke. Ihre an Adorno geschulten Reflexionen über die Totalität des Kapitalismus und seine Fähigkeit, jede Kritik zu absorbieren – auch und gerade die popkulturelle Subversion –, hat die beiden bewogen, sich als Firmenhymnenhändler selbstständig zu machen. Im Musterkoffer der zwei zwischen

Selbstverwirklichung und Sell-out schwankenden Vertreter finden sich Hymnen von prominenten Hamburger KünstlerInnen. Darunter sind Tocotronic, Bernadette La Hengst und ein grandios-bärbeißiges Doppel von Harry Rowohlt und Horst Tömeier.

Firmenhymnen gibt es wirklich. Sie sollen die Motivation für die Arbeit steigern und sind schon lange traurige Realität. «Dem Kapitalismus reicht es nicht mehr, die Menschen auszubeuten, sie sollen ihre Ausbeutung auch noch selbst besingen», resümiert Ebermann – und hält dennoch ein offenes Ende mit recht optimistischen Wendungen im Angebot. Das Theaterstück hatte im März 2012 im Hamburger Theater Kampnagel Premiere und wird im Kino Babylon am 1. Juni um 18 Uhr zu sehen sein. Am Fest beteiligt sich die Stiftung zudem mit einer weiteren Veranstaltung zur Euro-Krise und einer Live-Schaltung zu den parallel stattfindenden Blockupy Aktionstagen in Frankfurt a. M. Zudem sind Veranstaltungen wie Diskussionen zu antimuslimischem Rassismus und zur Mietenpolitik geplant.

HENNING OBENS IST FÜR DAS VERANSTALTUNGSMANAGEMENT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ZUSTÄNDIG. AXEL KRUMREY IST REFERENT IM BÜRO DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

EIN TRAILER zum «Firmenhymnenhandel» findet sich unter <http://youtu.be/1oE9n-KZyCY>. Am 1. Juni lockt auch ein Konzert des deutschsprachigen Reggae-Künstlers Nosliw zum Fest der Linken. Das gesamte Programm unter www.fest-der-linken.de.

STEFAN THIMMEL

LUNTE AM PULVERFASS

UNGLEICHHEIT GEFÄHRDET GESELLSCHAFT / KONGRESS ZUM THEMA UMWERTEILUNG

Gigantischer privater Reichtum und wenige Superreiche auf der einen, dramatisch zunehmende Armut, leere öffentliche Kassen und viele, die das Nachsehen haben auf der anderen Seite – diese Wirklichkeit gefährdet die Gesellschaft und ist zugleich die Lunte am Pulverfass Eurokrise.

Diese Wirklichkeit steht im Mittelpunkt des Kongresses «Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit» vom 24. bis zum 26. Mai 2013 in Berlin. Im Angesicht der Krise regiert der Rotstift: Öffentliche Ausgaben, Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur oder Umwelt, aber auch demokratische Entscheidungswege werden gestrichen. Löhne und Renten werden gekürzt, und die Arbeitsbedingungen für diejenigen, die überhaupt noch in Arbeit sind, verschlechtern sich dramatisch. In allen Euroländern gilt der Kampf einer angeblich laxen Haushaltspolitik. Finanzmärkte als Krisenauslöser verschwinden im Hintergrund. Hochriskante Finanzmarktspekulationen bleiben unreguliert. Doch damit wird die Krise nicht überwunden, die weltweite Armut wächst weiter und der Demokratieabbau verschärft sich.

Den Prozess der Umverteilung «von unten nach oben» gilt es umzukehren; ein radikaler Kurswechsel ist notwendig. Der Kongress bietet dabei ein Forum mit vielen Möglichkeiten für jede und jeden sich einzubringen, um Alternativen und konkrete Handlungsansätze zu erarbeiten. In zahlreichen Foren und mehr als 40 Workshops sollen

gemeinsam mit internationalen Gästen Strategien und Instrumente für mehr Verteilungsgerechtigkeit entwickelt werden, damit es nach dem Kongress kraftvoll weitergehen kann. Die Panels und Workshops der Stiftung versuchen dabei vor allem aufzuzeigen, wie Fragen sozial-ökologischer Transformation mit kritischen feministischen Perspektiven und Diskussionen verknüpft werden können und wie Umverteilung mit Blick auf die reale Bekämpfung sozialer Ungleichheiten auch praktisch werden kann. Die Keynote mit dem Titel «Ungleichheit – Worüber wir sprechen müssen» hält der britische Gesundheitswissenschaftler Richard Wilkinson, der sich die Aufklärung über die Folgen der Ungleichheit zum Ziel gesetzt hat und der mögliche Maßnahmen zu deren Reduzierung kritisch betrachtet.

Der Kongress wird von verschiedenen Organisationen und Stiftungen veranstaltet. Neben der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind darunter Attac, die Gewerkschaft Verdi, der DGB, Friedrich-Ebert-Stiftung, Paritätische Forschungsstelle, WEED, Vermögende für eine Vermögensabgabe, Hans-Böckler-Stiftung, Medico International sowie Organisationen aus Österreich und der Schweiz. Weitere Infos gibt es online unter www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.eu. Dort ist auch eine Anmeldung möglich.

STEFAN THIMMEL IST STELLVERTRETENDER LEITER DES BEREICHS POLITISCHE KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ROLF HECKER/ANTONELLA MUZZUPAPPA

FETISCH UND FINANZMANDARIN

MEHRERE VERANSTALTUNGEN ZU KARL MARX UND SEINEM WERK

Neue Erkenntnisse rund um Karl Marx und sein Werk versprechen drei Veranstaltungen in Berlin. Veranstaltungsort ist der Stiftungssitz am Franz-Mehring-Platz in Berlin.

Ein internationales Kolloquium bietet Mitte Juni die Möglichkeit, sich über Marx, seine Kampfgefährten und sein Werk zu informieren. Stichworte sind Marx und Stirner, Kapital und Krise, Marx' Exzerpte und Briefe von Jenny Marx. Zudem sollen unbekannte Personen bekannt gemacht werden – wie der Finanzmandarin im «Kapital». Das Kolloquium wird gemeinsam veranstaltet von der «Hellen Panke» – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und dem Verein zur Förderung der MEGA-Edition. Zu den ReferentInnen zählen Fritz Fiehler, Roberto Fineschi, Pertti Honkanen, Martin Hundt, Michael Krätke, Manfred Laueremann, François Melis, Kenji Mori, Danga Vilieisis, Frieder O. Wolf und Zhou Si Cheng (14./15. Juni).

Zudem gibt es weitere Satellitenseminare zu den Kapital-Lektürekursen der Stiftung. Der Politologe Michael Heinrich spricht zum Thema «Der Fetisch: von Geheimnissen, okkulten Qualitäten und Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise». Die Fetischformen erzeugten zwar eine Welt des Scheins, heißt es in der Veranstaltungsankündigung: «Doch sind sie zugleich harte Realität und nicht etwa nur «falsches Bewusstsein.» Die Analyse von Fe-

tischformen und Mystifikationen beschränke sich zudem nicht auf die Ware und kulminiere in der Untersuchung der «Trinitarischen Formel», mit der Marx die «verzauberte, verkehrte und auf den Kopf gestellte Welt» des kapitalistischen Alltags auf den kritischen Begriff bringt (29. Mai, 19 Uhr). Gut vier Wochen später befasst sich Ingo Stütze mit der Frage: «Wie Marx mit der Europäischen Zentralbank klarkommt». Marx setze ständig voraus, dass Gold die Rolle des Geldes übernehme. Ist das heute immer noch so? Wenn nicht: Bricht Marx' Argumentation an diesem Punkt nicht wie ein Kartenhaus in sich zusammen? Schließlich ist die Geldware ein wichtiger Unterschied zu Neoklassik und der Theorie von Keynes. Sie haben kein Problem damit, dass seit Jahrzehnten kein Goldwährungssystem mehr herrscht. Aber: Zeigt nicht der in der Krise gestiegene Goldpreis grade, dass Marx eben doch recht hatte? Liefert Marx' Werttheorie nicht doch eine adäquate Geldtheorie, die mit der Europäischen Zentralbank ebenso klarkommt wie mit anderen modernen Phänomenen – nicht nur in der Krise? (25. Juni, 19 Uhr). Zusätzliche Informationen finden sich unter www.das-kapital-lesen.de.

ROLF HECKER IST VORSITZENDER DES VEREINS ZUR FÖRDERUNG DER MEGA-EDITION E.V. ANTONELLA MUZZUPAPPA IST REFERENTIN FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



FRIEDEN UND SICHERHEIT Spätestens seit «9/11» befindet sich die Welt im Kriegszustand: Dem NATO-Einmarsch in Afghanistan folgte der US-geführte Kampf gegen den Irak, zuletzt gab es Invasionen in Libyen und in Mali. Permanent angespannt ist das Verhältnis der «Weltgemeinschaft» zum Iran und zu Nordkorea, in jüngster Zeit auch zu Syrien. Die

Ursachenforschung für Konflikte ist ein wichtiges Arbeitsfeld der Stiftung, ebenso wie das Aufzeigen von Alternativen für friedliche Konfliktlösung. An den Konzepten arbeitet auch ein Gesprächskreis mit etwa 40 Mitgliedern aus Friedens- und Konfliktforschung, Friedensbewegung und Parlamenten mit. Mehr unter www.rosalux.de.

Jubel als Protestform: Studierende verhindern einen Vortrag von Verteidigungsminister de Maizière an der HU Berlin. Foto: dpa

ERHARD CROME

KRIEG UM KRIEG

GLOBAL SCHAUKELN SICH IMMER MEHR KONFLIKTE HOCH. ES DROHEN ATOMSCHLÄGE

Die Krisenprozesse, die keineswegs vorüber sind und uns derzeit als Krisen des Euro und der Institutionen der Europäischen Union beschäftigen, haben auch die Friedensfrage neu gestellt.

Es gab immer einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Krise und Krieg. Der aber war nie linear: Kriege waren zuweilen «Ausweg» aus der Krise, um von inneren Problemen abzulenken oder durch Raub wirtschaftliche und soziale Probleme zu kaschieren. Aber Kapitalismus und Profitwirtschaft führen nicht automatisch zu Krieg. Krieg wird immer gemacht. Deshalb hat die Friedensbewegung auch heute die Chance, den Betreibern der Kriegspolitik in den Arm zu fallen.

Drei Momente sind für die internationale Entwicklung derzeit von Bedeutung: Erstens findet eine weitere Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gewichte zuungunsten des alten kapitalistischen Nordens und Westens statt. China hat in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bereits die Euro-Zone hinter sich gelassen; nach neuesten Prognosen der OECD wird es bereits 2016 die USA als größte Volkswirtschaft der Welt überholen. Für das Jahr 2025 wird prognostiziert, dass China und Indien insgesamt eine größere Wirtschaftsleistung erbringen werden, als die sogenannten G7-Staaten – USA, Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Japan und Kanada – zusammen. Die entscheidende Frage ist zweitens, ob

der Westen diese tektonische Verschiebung, die Tatsache, dass sein wirtschaftliches Gewicht abnimmt und er die Entwicklungen in der Welt immer weniger bestimmen kann, friedlich hinnimmt, oder ob sich daraus global eine Erhöhung der Kriegsgefahr ergibt. Die weltweiten Rüstungsausgaben lagen im Jahr 2011 bei über 1,74 Billionen US-Dollar und damit über ein Drittel höher als am Ende des Kalten Krieges. Über 60 Prozent dieser Ausgaben entfallen auf die NATO. Im Falle der USA hat mehr als eine Verdopplung innerhalb eines Jahrzehnts stattgefunden. Der von den US-amerikanischen Geheimdiensten geschaffene «National Intelligence Council» veröffentlicht im Fünfjahresabstand globale Prognosen, die neueste im Jahr 2012. Danach ist aus ihrer Sicht der günstigste Fall für 2030 der, wonach die USA ihren «amerikanischen Traum» reaktivieren, weiter technologisch überlegen sind und China sich unter Anerkennung US-amerikanischer Überlegenheit in deren Sinne «in Richtung Demokratie» entwickelt – was meint, die Vordenker der Machtpolitik der Vereinigten Staaten haben sich nach wie vor nicht damit abgefunden, in einer Welt zu leben, in der die USA nicht Hegemonialmacht sind.

Drittens erweisen sich Globalisierung und Krieg als zwei Seiten einer Medaille. Die USA und ihre Verbündeten haben Krieg wieder zu einem «normalen» Mittel der Politik gemacht. Die «Neue Weltord-

nung», die Präsident Bush Senior mit dem Golfkrieg Anfang der 1990er Jahre postulierte, zielt auf die Verfügung über Rohstoffe, vor allem Erdöl und Erdgas, und die Kontrolle über strategische Räume. Mit den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen wurde diese Linie fortgesetzt. Keiner dieser Kriege hat erreicht, was seine Befürworter mit zum Teil höchsten moralischen Ansprüchen erklärt hatten. Im Gegenteil, unzählige Tote und Millionen Flüchtlinge sowie unermessliche Zerstörungen waren die Folge.

Im Falle Irak und Libyen waren Staatszerfall, massenhafte Traumatisierung der Zivilbevölkerung und «ethnische Säuberungen» sowie die Vernichtung überkommener Siedlungsstrukturen die Folge. Vor allem wurden der säkulare Staat zerstört und nicht nur dem politischen Islamismus der Weg geebnet, sondern der Dschihadismus gefördert, der bereits in Afghanistan vom Westen gezüchtet worden war und sich dann spätestens mit dem 11. September 2001 gegen den Westen gewandt hatte. Hier ist der Unterschied zwischen einem politischen Islam, mit dem politisch zu reden ist, und den Anhängern eines «Heiligen Krieges», der auch vor der Ermordung von Frauen und Kindern und terroristischen Anschlägen nicht Halt macht, von grundsätzlicher Bedeutung. Jetzt wird dieses Szenario mit westlichen Waffenlieferungen an die dschihadistischen Krieger in Syrien fortgesetzt. Nun droht auch noch der Krieg gegen den Iran. Der würde voraussichtlich auch unter Einsatz von Atomwaffen geführt werden und bei Zerstörung der iranischen Atomanlagen absichtsvoll mehrere «Fukushimas» mit unabsehbaren Folgen für die Zivilbevölkerung schaffen. Die gesamte Region, die von Mali und Libyen über Syrien und Irak bis Afghanistan ohnehin mit mörderischen Kriegen überzogen ist, die der Westen entweder angezettelt oder geschürt

hat, würde endgültig in Chaos und Vernichtung gestürzt. Im nächsten Jahr jährt sich der Ausbruch des ersten Weltkrieges zum 100. Mal. Die ihn wollten, wussten nicht, was sie da herbeiführen – er begann 1914 mit Pferden und endete 1918 mit Panzern und Flugzeugen. Die ihn hätten verhindern können, haben versagt. Insofern war er in erheblichem Maße ein Ergebnis der Gier der Profitwirtschaft, zugleich aber der Unfähigkeit der politisch Verantwortlichen. Hundert Jahre später gerät die Welt in eine vergleichbare Position: Es werden immer weitere Kriege herbeigeführt, während die vorherigen noch toben oder die Aschehaufen noch glühen. So bedroht eine weitere Stärkung der Dschihadisten in Syrien Israel und facht das Gefahrenpotenzial des Israel-Palästina-Konflikts weiter an. Niemand weiß, wie die Eskalation auf der koreanischen Halbinsel weitergehen wird, aber die USA schicken weitere Waffensysteme, und Südkorea droht seinerseits mit Militäreinsätzen, so wie der Norden. Neben den USA und den beiden Koreas sind hier auch China, Russland und Japan betroffen. Es entsteht weltweit ein sich gegenseitiges Aufschaukeln kriegerischer Entwicklungen, eine Zunahme von Konflikten, deren Gesamtzusammenhang immer weniger beherrschbar ist. Deutschland ist daran unmittelbar beteiligt, indem die deutsche Außenpolitik sich wie im Falle des Iran an der Errichtung politisch-diplomatischer Drohpotenziale für Kriege beteiligt, direkt Kriegseteiligter ist, wie in Afghanistan, und Waffen an Staaten liefert, die damit gegen die Zivilbevölkerung vorgehen, wie im Falle Saudi-Arabien. Es ist dringend nötig, dem Einhalt zu gebieten und eine Politik zu betreiben, die tatsächlich auf Frieden gerichtet ist.

**ERHARD CROME IST REFERENT FÜR FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK
IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

THOMAS KACHEL

DÜSTER ABER WAHR

VIELE PROGNOSEN ZUM IRAKKRIEG SIND EINGETRETEN / KONFERENZ IN BERLIN

Zehn Jahre nach Ausbruch des Irak-Kriegs schauten Linksfraktion im Bundestag und Stiftung Mitte März in Berlin zurück auf das bisher blutigste Kapitel des US-geführten «War on Terror».

Die Fernsehbilder des Frühjahrs 2003 sind vielen politisch Aktiven noch vor Augen – die Massenproteste und vielfältigen anderen Aktionen der Friedensbewegung in den Hauptstädten Europas, die Lügen des damaligen britischen Premiers Tony Blair, die Blamage der USA im UNO-Sicherheitsrat, schließlich die üblen Bilder aus dem Irak, von den ersten Einschlägen in Baghdad bis hin zu den Misshandlungen von Abu Ghraib. Die LINKE-Abgeordneten Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Wolfgang Gehrcke, Paul Schäfer und Kathrin Vogler sowie Erhard Crome von der Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutierten mit ihren internationalen Gästen auf drei Panels über die geopolitischen Implikationen, den kollektiven Widerstand gegen den Krieg damals und den individuellen Widerstand gegen Krieg heute. Paul Schäfer, verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, resümierte die Motivation der Konferenz prägnant. Er schätzte ein, dass der Jahrestag des Kriegsbeginns in der aktuellen Medienlandschaft ein Non-Event sei – und umso wichtiger seien für die gesellschaftliche Linke das Gedenken an Lügen und Kriegsoffer. In Zeiten, in denen der deutschen Öffentlichkeit die Teilnahme an diversen «kleinen» Interventionen schmackhaft gemacht werden soll,

ist man in den Mainstream-Medien recht unwillig, sich die Langzeitfolgen ernsthaft vor Augen zu führen. Dies tat Yanar Mohammed, Präsidentin der Liga für die Befreiung der Frauen des Irak, bei der Gedenkveranstaltung umso anschaulicher. «Der Krieg ist für uns Iraker nicht beendet», sagte sie unter Verweis auf die jüngsten Selbstmordanschläge und die noch immer zerstörten Städte des Landes. Sie beklagte eine krasse Polarisierung des Reichtums des Landes in den Händen weniger und verwies auf die kulturellen Folgen der Invasion in Irak: Heute überwiegt die religiöse Identität im Selbstbild der meisten Iraker jede säkulare Identität – ein später Sieg des islamischen Fundamentalismus. Dass viele der düsteren Prognosen vom Frühjahr 2003 eingetroffen sind, darin waren sich auch die Teilnehmer des Panels zur Friedensbewegung einig, darunter Kate Hudson aus Großbritannien und Donatella della Porta aus Italien. Dennoch bezogen sich alle positiv auf die Proteste als beispielgebend für eine neue Generation von friedliebenden Europäern: Damals ist es gelungen, das demokratische Mandat der Regierungen in der Koalition der Kriegs-Willigen öffentlich zu delegitimieren.

Die Zuschaltung von Julian Assange – als unbestrittener «Special Guest» – aus seinem Exil in der ecuadorianischen Botschaft in London rundete den Abend ab. Er diskutierte unter anderem mit Otto Jäckel, Vorsitzender der Juristenvereinigung IALANA, über die Problematik



Kinder laufen mit einer Tricolore vor französischen Interventionstruppen im malischen Bourem her. Foto: picture alliance/AP Photo

von Gewissen und Krieg. Assange brachte die Versuche von Regierungen, Whistleblowing zu verfolgen und den Informationsaustausch im Internet zu zensieren, in Zusammenhang mit den in einem «neuen Empire» zusammengeschlossenen Regierungen und transnationalen Eliten. Sie wollten sich der Rechenschaft für ihr Tun entziehen. Er zollte Bradley Manning seinen Respekt und forderte erneut dessen Freilassung – eine Forderung, die von den anwesenden TeilnehmerInnen des Berliner «Free Bradley Manning»-Netzwerks in einer Impromptu-Stellungnahme aufgegriffen wurde. Die künstlerische Um-

rahmung, eine Präsentation von Bildern und Plakaten von den damaligen Protesten in Europa, und die Oud-Musik der Exil-Iraker Saif Karomi und Mahmut Fayoumi vermochten es, die Ereignisse von damals wieder präsent zu machen und den Bogen in die Gegenwart zu schlagen. Karomis Credo: «Meine Musik ist für mich die Sprache der Herzen aller Menschen.» Die Vermittlung des Inhalts «Frieden» ist eben nicht nur eine politische, sondern auch eine kulturelle Aufgabe.

THOMAS KACHEL IST SICHERHEITSPOLITISCHER REFERENT DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

MOHAMED AG AKÉRATANE

WENIGER SPIELRAUM

WER NACH FRANKREICHS INTERVENTION DIE ZUKUNFT MALIS BESTIMMT

Die französische Intervention in Mali war die Reaktion der «Brandstifter», den von ihnen gelegten Brand wenigstens einzudämmen. Wie konnte die Situation so aus den Fugen geraten?

Frankreich legte den Brand, indem es mit den RebellInnen der Bewegung zur Nationalen Befreiung des Azawad (MNLA) zusammenarbeitete, um Geiseln zu befreien und die Areva, das französische Unternehmen, das im Niger Uran abbaut, zu schützen. Man kann dahinter die Strategie sehen, einen «autonomen Staat» im Norden Malis zu gründen, welcher jedoch von Frankreich abhängig sein soll. Der Brand geriet außer Kontrolle, als sich die MNLA zwischenzeitlich mit der Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO), der islamistischen Ansar Dine und Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI) verbündete und das malische Militär aus dem Norden verdrängte. Dann vertrieben die dschihadistischen Gruppen die MNLA, rückten in Richtung malisches Zentrum vor und bedrohten damit auch Niger und die französischen Interessen am dortigen Uran. Die Organisationen werden von den Petromonar-

chien des Persischen Golfes, Katar und Saudi-Arabien, unterstützt. Das malische Volk begrüßte die Intervention Frankreichs zunächst, denn sie verhinderte im letzten Moment die Offensive der Dschihadisten gen Süden. Die linke Partei Afrikanische Solidarität für Unabhängigkeit und Demokratie (SADI) und die ihr nahestehende Volksbewegung MP22 (Mouvement Populaire du 22 Mars) können aber die Logik der Intervention einer «Feuerwehr», die faktisch Brandstifter ist und das Land erst in die Krise manövriert hat, nicht akzeptieren. Frankreich hat die durch und durch korrupte Regierung von Amadou Toumani Touré (dem am 21. März 2012 gestürzten Präsidenten) stets unterstützt. Eine Regierung, in der Menschen saßen, die an Drogenhandel und Entführungen verdient haben, den Ursachen für die zunehmende Destabilisierung des Nordens. All dies war der französischen Regierung und den anderen Ländern Europas bekannt. Frankreich versucht nun, eben dieser politischen Klasse neue Legitimation zu geben, denn so kann sie sie als Marionette an der Spitze des malischen Staates einsetzen. Die Linke kriti-

siert den imperialen und kolonialen Charakter der Intervention, den große Teile der Bevölkerung nicht wirklich verstehen. Doch wie man hier sagt: «Die Worte eines Alten sind wie der Haufen einer Hyäne, je mehr Zeit vergeht, umso heller werden sie.»

Bei der Rückeroberung der Stadt Kidal haben die Franzosen ihr wahres Gesicht gezeigt. Frankreich verbündete sich mit der MNLA und verbot dem malischen Militär, in die Stadt einzumarschieren – eine malische Stadt! Die Mächtigen in Mali fügen sich den französischen Anordnungen. Sie haben die Kriegsführung der französischen Armee überlassen. Mali ist von Frankreich besetzt. Nun sucht Frankreich nach Wegen, seine FreundInnen von der MNLA als Verhandlungspartner der Regierung in Bamako gleichzustellen. Die im Rahmen der Rebellion begangenen Kriegsverbrechen werden verschwiegen, oder es werden andere Schuldige dafür gesucht.

Die Bevölkerung von Timbuktu und Gao ist natürlich erleichtert, dass die Unterdrücker vor der französischen Armee und dem malischen und tschadischen Militär flüchten mussten. Aber physische und wirtschaftliche Sicherheit sind noch weit entfernt. Die Bevölkerung hat immer noch Angst vor Vergeltungsschlägen der Dihadisten, die sich weiterhin im Norden verstecken. Es ist zu befürchten, dass Unsicherheit und Gewalt sich verfestigen. Die Drogenhändler sind zwar in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt worden, doch ist ihnen die Unterstützung der korrupten PolitikerInnen nach wie vor sicher.

ARNDT HOPFMANN

WIEDER KOLONIALE MUSTER

GEGENWÄRTIGE KONFLIKTE OFFENBAREN DIE SCHWÄCHE DER AFRIKANISCHEN UNION

«Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme», lautet ein beliebter Slogan, der die Agenda der Afrikanischen Union (AU) und ihrer Vorgängerorganisation zusammenfasst. Doch die aktuellen Konflikte zeigen: Seine Umsetzung liegt in weiter Ferne.

Als vor 50 Jahren, am 25. Mai 1963, in Addis Abeba die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) gegründet wurde, spielte die Beilegung innerafrikanischer Konflikte keine Rolle. Wenn es überhaupt um Konflikte ging, dann um die Rückzugsgefechte der alten Kolonialmächte. Die Gräueltaten der Kolonialverwaltungen und ihre Weigerung, den afrikanischen Kolonien nationalstaatliche Unabhängigkeit zu gewähren, forderten die Befreiungsbewegungen zum bewaffneten Kampf heraus. Die OAU verstand sich als antikolonialer Zusammenschluss und als Interessenvertreterin gegenüber den internationalen Organisationen und den (ehemaligen) Kolonialmächten. Zwischen ihren Mitgliedsländern galt unumstößlich das Gebot der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten.

Dieses Grundprinzip, an dem selbst bei schweren Menschenrechtsverletzungen durch nationale Machthaber festgehalten wurde, konnte angesichts der Verbrechen im Liberianischen Bürgerkrieg, vor allem aber nach dem Genozid in Ruanda 1994, nicht länger aufrechterhalten werden. Mit der Umwandlung der OAU in die Afrikanische Union 2002 in Durban sollte gleichzeitig eine afrikanische Sicherheitsstruktur geschaffen werden. Sie besteht aus einem Friedens- und Sicherheitsrat, einem Fonds für friedensbildende Maßnahmen, einem kontinentalen Frühwarnsystem und einer Abteilung für Frieden und Sicherheit im AU-Sekretariat. Während der Friedens- und Sicherheitsrat mit seinen 15 Mitgliedsländern relativ zügig seine Arbeit auf-

Auf Anordnung Frankreichs sollen nun im Juli Wahlen stattfinden. Eine souveräne Nationalversammlung oder eine breit angelegte Debatte um eine Neugründung der Nation soll es aber nicht geben. Als Ablenkungsmanöver wird eine Kommission für Dialog und Versöhnung gebildet. Die politische Klasse, die seit 20 Jahren an der Macht ist, wird alles tun, um ihre Machtstellung zu festigen.

Seit der Intervention Frankreichs gilt der Ausnahmezustand. Ihn nutzt die Übergangsregierung, um jene politischen und sozialen Kräfte zum Schweigen zu bringen, die ihr Vorgehen bei der Konfliktführung und ihren Weg aus dieser Krise nicht billigen. Die mali-schen Medien stehen unter der Kontrolle dieser MachthaberInnen. Die Staatssicherheit, die direkt dem Präsidenten unterstellt ist, versucht mit Einschüchterungen, Proteste zu ersticken. Betroffen sind unter anderem JournalistInnen und technische Einrichtungen des Netzwerks Radio Kayira, eines Partners der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Betroffen war im Februar Dr. Oumar Mariko, Präsidentschaftskandidat der Partei SADI, Partner der Partei DIE LINKE. Verständigungen und Dialoge aller politischen und sozialen Kräfte in Mali sind unausweichlich. Nur so wird es möglich sein, einen Handlungsrahmen für eine legitime und repräsentative Regierung im Interesse des Volkes durchzusetzen.

MOHAMED AG AKÉRATANE IST PSYCHOLOGE UND EHRENPRÄSIDENT DER ANTI-SKLAVEREI-ORGANISATION TEMEDT. ÜBERSETZUNG: RUTH ISENSCHMID

nahm, sind der Friedensfonds und die Afrikanische Eingreiftruppe die zentralen Schwachstellen der Struktur. Der Friedensfonds ist nahezu vollständig (zu 98 Prozent) von nichtafrikanischen Geldgebern abhängig. Die Afrikanische Eingreiftruppe ist gleichfalls unterfinanziert und leidet darunter, dass die Mitgliedstaaten nur zögerlich Truppenkontingente bereitstellen. Ihre Aufstellung ist bis heute nicht abgeschlossen. Mangelnde Einsatzbereitschaft und chronische Finanzknappheit haben sich in jüngster Zeit als wesentliche Hindernisse für «afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme» erwiesen. Afrikanische Kontingente sind weder im Ostkongo noch in Darfur oder in Somalia in der Lage, lang anhaltende Konflikte zu befrieden – noch waren sie im Fall der Elfenbeinküste oder jüngst in Mali einsatzbereit, um Bürgerkriege abzuwenden. Stattdessen hat in den beiden zuletzt genannten Fällen die ehemalige Kolonialmacht das Heft des militärischen Handelns an sich gerissen – ebenso im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik. Statt einer afrikanischen Sicherheitsarchitektur kehren 50 Jahre nach der Dekolonialisierung (neo)koloniale Abhängigkeiten zurück.

ARNDT HOPFMANN LEITET DAS AUSLANDSREFERAT AFRIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ZUM 50. JAHRESTAG der OAU-Gründung veranstaltete die Stiftung die Tagung «Krieg und Frieden – von den Schwierigkeiten einer afrikanischen Sicherheitsarchitektur». Sie fand am 4. Mai 2013 in Berlin statt. Mehr Infos unter www.rosalux.de/event/48251.



Mehrere tausend Menschen protestierten Mitte April in München gegen Neonaziterror und Rassismus. Foto: Linksfraktion/Flickr

ANIKA TASCHKE

DEUTSCHLAND LENKT AB

NSU-TERROR? GEHEIMDIENSTSKANDAL? DAS LAND DISKUTIERT EIN NPD-VERBOT

Anfang Mai begann in München der Prozess gegen Beate Zschäpe und weitere mutmaßliche Mitglieder und UnterstützerInnen des «Nationalsozialistischen Untergrundes» (NSU), der zwischen 2002 und 2007 neun Kleingewerbetreibende mit türkischen und griechischen Wurzeln und eine Polizistin ermordet hatte.

Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt – die Namen und Bilder der RechtsterroristInnen begegnen uns seit anderthalb Jahren fast täglich in den Nachrichten. Nach einem Banküberfall im November 2011 erschossen sich die beiden Männer; Beate Zschäpe sprengte das Wohnhaus der drei in Zwickau in die Luft. Anfang 1998 war das Trio in Jena abgetaucht und hatte seitdem unerkannt in Deutschland gelebt – und gemordet. Jahrelang hatte die Polizei die MörderInnen der türkisch-, griechisch- und kurdischstämmigen Terroropfer nach rassistischem Muster im Umfeld der Opfer gesucht, von «Dönermorden» war die Rede, von Eifersuchtstaten, Drogenmilieu und «Türkenmafia». Dass die Menschen von Nazis ermordet worden waren, vermutete niemand. Im selben Zeitraum soll der NSU mindestens 14 Banküberfälle und zwei Sprengstoffanschläge verübt haben. Seit dem Auffliegen des NSU ist nun das Thema Neonazismus und rechter Terror ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit gerückt. Seither sind aber auch die deutschen Sicherheitsbehörden ins Zwielficht geraten. Immer neue, skandalöse De-

tails über Aktenvernichtung, unterschlagene Informationen, Lügen oder schlicht Ignoranz seitens staatlicher Behörden treten im Laufe der Ermittlungen und durch die Arbeit der Untersuchungsausschüsse zutage. Doch statt über die Sicherheitsbehörden debatierte das ganze Land in den letzten Monaten aufgeregt über ein neues NPD-Verbotsverfahren, als sei das die logische Konsequenz aus dem NSU-Terror. Im Lichte des größten Geheimdienstskandals in der Geschichte der Bundesrepublik wirkt die Verbotsinitiative wie ein Akt der Hilflosigkeit oder gar ein Ablenkungsmanöver. Vor allem, so argwöhnen KritikerInnen, soll die Initiative der Öffentlichkeit suggerieren, der Staat unternehme wirksame Schritte gegen den rechten Terror. Dennoch scheint der erneute Versuch, die NPD zu verbieten, für viele eine gute Lösung zu sein. Im Falle eines Erfolges müssten die rund 350 NPD-MandatsträgerInnen zweier Landtage und mehrerer Kreis- und Gemeinderäte ihre politischen Ämter aufgeben, das Parteivermögen würde konfisziert und weitere Aktivitäten im Namen der NPD würden strafbar.

Ein erstes NPD-Verbotsverfahren scheiterte 2003. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wies damals den Verbotsantrag der Bundesregierung, des Bundestages und Bundesrates ab. Der Grund: Im Verfahren wurden Zeuginnen benannt, die gleichzeitig als so genannte V-Leute des Verfassungsschutzes tätig waren. Das höchste deutsche Gericht sah darin eine «zu große Staatsnähe» der BelastungszeugIn-

nen. Damals hieß es, jeder siebte NPD-Kader aus der Führungsebene der Partei sei V-Mann. Das BVerfG erklärte daher, dass man nicht prüfen könne, ob die Zeugenaussagen nicht eigentlich auf den Inlandsgeheimdienst selbst zurückgingen. Damit ein zweites Verbotverfahren nun erfolgreich verlaufen kann, sollen die V-Leute inzwischen aus den Führungspositionen der Partei abgezogen worden sein. RechtswissenschaftlerInnen warnen jedoch vor zu viel Optimismus. Denn selbst wenn der Verbotantrag die Hürde des Verfassungsgerichts nehmen würde, stünde der NPD noch der Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg als nächste Instanz offen. Die Anforderungen an ein Verbot einer so genannten Splitterpartei fallen im europäischen Rechtskontext wesentlich höher aus als auf nationaler Ebene. Ein erneutes Scheitern des Verbotantrags wäre für die involvierten Verfassungsorgane (im Moment nur der Bundesrat) ein Desaster. Wichtig für den Erfolg der Initiative wäre vor allem der Nachweis einer «aktiv-kämpferischen, aggressiven Grundhaltung». Doch die NPD hat Geschick im Umgang mit dem Verbotverfahren bewiesen. Sie veröffentlichte die bis dahin als vertraulich klassifizierte Kurzfassung der Materialsammlung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf ihrer Website und verhöhnte die Argumentation des Papiers. Auch zeigte sich die NPD selbst vor dem BVerfG an, um sich als nicht verfassungsfeindlich beurteilen zu lassen. Diese Selbstanzeige wies das Gericht jedoch ab. Zu einem weitaus größeren Problem für die Partei entwickelt sich der Beschluss des Bundestagspräsidenten hinsichtlich der staatlichen Parteienfinanzierung. Wegen falscher Angaben im Rechenschaftsbericht der NPD verhängte Norbert Lammert (CDU) eine Geldstrafe von 1,27 Millionen Euro gegen die mit der Pleite kämpfende Partei. Das Bundestagspräsidium setzte wegen des Verzugs weitere Zahlungen an die NPD vorerst aus.

In der laufenden Debatte scheinen derzeit richtig schlagkräftige Argumente jedoch zu fehlen. Ein Zusammenhang zwischen den rassistischen Morden des NSU und dem Agieren der Rechtsaußenpartei lässt sich kaum herstellen. Was die «aktiv-kämpferische, aggressive Grundhaltung» der NPD angeht, sieht die Bund-Länder-Arbeitsgruppe vor allem das Vier-Säulen-Konzept der NPD als problematisch an: «Kampf um die Köpfe», «Kampf um die Straße», «Kampf um die Parlamente» und «Kampf um den organisierten Willen». Auch wenn hier das Wort «Kampf» zum Einsatz kommt, ist es fraglich, ob die Rhetorik der NPD für ein Verbot ausreicht. Denn letzten Endes geht es in dem Konzept um die Gewinnung von Wählerstimmen und Mitgliedern: im Grunde ganz normale Parteiarbeit. Die Berichterstattung zum erneuten NPD-Verbotverfahren überdeckt momentan jene über den parlamentarischen und juristischen NSU-Komplex. Forderungen nach einer vollständigen Aufklärung des Geschehens sowie der Beantwortung der Frage, wie es möglich war, dass eine Terrororganisation unter den Augen der Behörden im Untergrund agieren und morden konnte, werden lauter. Demgegenüber wirkt die hastige Verbotinitiative wie blinder Aktionismus.

ANIKA TASCHKE IST STUDENTIN DER POLITIK- UND KOMMUNIKATIONS-WISSENSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT JENA

CASA POUND Diese rechte Bewegung in Italien nennt sich selbst «Faschisten des 3. Jahrtausends». Saverio Ferrari vom Mailänder Dokumentationszentrum «Osservatorio Democratico» berichtete Anfang April über sie in Duisburg, Berlin und Leipzig. Videomitschnitt unter www.rosalux.de/documentation/48232.

KORAY YILMAZ-GÜNAY

AKTIVISMUS OHNE GRENZEN

20 JAHRE NACH DEM «ASYLKOMPROMISS»
GEDEIHEN NEUE PROTESTFORMEN

Die vergangenen Jahre waren reich an Jahrestagen rassistischer und antisemitischer Pogrome, die Anfang der 1990er Jahre das Klima in weiten Teilen des Landes prägten.

Hoyerswerda, Hünxe, Lübeck, Rostock und Mölln sind nur einige der Städte und Gemeinden, deren Name mit Brandschatzungen, Friedhofsschändungen, Bedrohungen und körperlicher Gewalt in diesen zwei, drei Jahren verbunden sind. Die Welle rassistischer und neonazistischer Morde, die damit einherging, ebte nicht ab und kostete seit der Wiedervereinigung über 180 Menschen das Leben. Während dies für MigrantInnen, Schwarze, Roma und JüdInnen immer neue Traumatisierungen bedeutete, sorgte sich die vierte Regierung unter Helmut Kohl vor allem um das Ansehen Deutschlands im Ausland: Das Ausbleiben von Investitionen und Handelsnachteile für den Exportweltmeister sollten verhindert werden. Was Pogrome und Pogromstimmung mit Opfern macht, muss hinter dieser Wirtschaftlichkeitsprüfung bis heute hintanstellen.

Zynischerweise wurde die Schuld am Lynchmob auf der Straße den Asylsuchenden zugeschrieben. Die «Lösung» sah eine ganz große Koalition im «Asylkompromiss», der im Dezember 1992 zwischen Regierungsfractionen und oppositioneller SPD ausgehandelt und vor 20 Jahren – am 26. Mai 1993 – im Bundestag beschlossen wurde. Dieser sah vor, das Asylrecht de facto abzuschaffen und damit eine der zentralen Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus über Bord zu werfen. Die weiten Zugeständnisse an das neonazistische Spektrum und seine SympathisantInnen und MitläuferInnen in der durchschnittlichen Bevölkerung wurden mit dem Mordanschlag von Solingen am 29. Mai 1993 nicht nur «gefeiert», sie gerieten auch zu einer herben Niederlage für die antirassistische Bewegung und die gesamte gesellschaftliche Linke. Was folgte, war die Einbindung anderer Länder in das deutsche Grenzregime – Stichwort «sichere Drittstaaten» –, eine Sondergesetzgebung für Asylsuchende (Asylbewerberleistungsgesetz) und eine mediale Panikmache, die mit ungebrochener Wirkmächtigkeit fortbesteht. Was den 26. Mai 2013 allerdings zu einem besonderen Jahrestag macht, ist das Wieder- und Weitererstarben einer Bewegung, die von Menschen getragen wird, die selber geflüchtet sind. Die zentralen Forderungen – Abschaffung der Residenzpflicht, Auflösung der Lager, Ende von Abschiebungen – werden nicht nur in Deutschland erhoben. Viel ist aus den neuen Formen von Aktivismus zu lernen für die Kämpfe, die in einer globalisierten Welt um einen sozialen Wandel zum Besseren geführt werden. Die europäischen und inzwischen weit darüber hinaus gehenden Dimensionen von Asyl- und Migrationspolitik, aber auch die Verschränkungen globaler Arbeitsverhältnisse mit elementaren politischen Rechten sowie der technologische Fortschritt setzten dem bisherigen, «alten» Aktivismus Grenzen. Für transnationales politisches Handeln lässt sich vom «Refugee Strike» einiges lernen. Mehr dazu unter <http://asylstrikeberlin.wordpress.com>.

KORAY YILMAZ-GÜNAY IST REFERENT FÜR MIGRATION IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Kirche und Streik – in Ausnahmefällen geht das: Ein Verdi-Mitglied spricht in einer Hamburger Kirche zu Kollegen aus dem Einzelhandel. Foto: dpa-Report

CHRISTOPH LAMMERS

GROSSER GOTT!

DIE KATHOLISCHE KIRCHE UND IHR UMGANG MIT DEN BESCHÄFTIGTEN

In den letzten Wochen wurde die katholische Kirche regelrecht mit Zuckerguss überzogen. Die Presse würdigte den Rücktritt Joseph Ratzingers und die Wahl des Argentiniers Jorge Mario Bergoglio zum neuen Papst als demokratischen Akt, sogar linksliberale Medien stimmten in diesen Lobgesang ein.

Gute Presse hat die katholische Kirche bitter nötig. Doch die Wahl in Rom hat mit der Lebensrealität vieler Menschen in Deutschland nichts zu tun. Zuletzt machten die deutschen Katholiken vor allem mit Skandalen von sich Reden. Um zu verstehen wieso, lohnt ein Blick auf die enge Verflechtung von Staat und Kirchen.

Als Konrad Adenauer in den 1950ern die Kirchen aus Dank für die absolute Mehrheit im Parlament am Betriebsverfassungsgesetz mitschreiben ließ und ihnen so die Gewerkschaften und das Selbstbestimmungsrecht der MitarbeiterInnen – im Kirchenjargon DienstnehmerInnen – vom Hals hielt, war nicht absehbar, dass in Deutschland eine säkulare Zeitenwende bevorstehen würde. Die Tage, an denen MitarbeiterInnen der Caritas und Diakonie – zusammen bilden beide Organisationen den zweitgrößten Arbeitgeber in Deutschland – wegen unbotmäßiger Lebensführung gekündigt werden konnten, sind nicht vorbei. Doch für den Arbeitgeber Kirche wird es immer schwieriger zu erklären, warum die sexuelle Identität, eine eheähnliche Gemeinschaft, eine Scheidung, die Zu- oder Nichtzugehörigkeit zu einer (anderen) Konfession oder aber der

Austritt aus der Kirche etwas über die Qualifikation des/der Beschäftigten aussagt. In der Öffentlichkeit besteht weitgehend Einigkeit, dass die berufliche und nicht die konfessionelle Qualifikation des/der ArbeitnehmerIn im Mittelpunkt stehen muss.

Kritische Berichte über die Kirchen waren in den öffentlich-rechtlichen Medien bislang Mangelware. Dies hat sich mittlerweile geändert. Immer häufiger liest, sieht und hört man von Lohndumping, Auslagerungen und Diskriminierung. In ihrer vom Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) in Auftrag gegebenen Studie «Loyal Dienen», gibt die Politologin Corinna Gekeler erstmals einen Überblick über Diskriminierung in den kirchlichen Einrichtungen. Neben dem Selbstbestimmungsrecht der ArbeitnehmerInnen steht derzeit das Streikrecht im Mittelpunkt der Diskussion. Die Gewerkschaft Verdi kämpft seit Jahren für Mitbestimmung in kirchlichen Einrichtungen – mit zweifelhaftem Erfolg. Die Auseinandersetzungen führte beide Seiten bis vor das Bundesarbeitsgericht (BAG). Im November 2012 entschied das Gericht über das Streikrecht der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften bei Kirchen und deren Wohlfahrtsverbänden. Während sich Verdi als Sieger sah, liest sich die Urteilsbegründung eher als Pyrrhussieg. Denn den Beschäftigten und den Gewerkschaften, so urteilte der Richter Thomas Lakies in einem Beitrag für die Zeitschrift Sozialismus, bleibt das Streikrecht faktisch verwehrt, «wenn sich die kirch-

lichen Arbeitgeber in Zukunft taktisch geschickter verhalten als in der Vergangenheit.» Und weiter im Text heißt es, «Das ist (außer in Diktaturen) einmalig in der Welt (...).»

Ein weiteres Beispiel für das Demokratiedefizit in der katholischen Kirche sind die zahllosen Missbrauchsfälle. So sehr sich die katholische Kirche auch um einen anderen Eindruck bemüht, in den Zeitungen liest man nahezu wöchentlich von neuen Missbrauchsfällen. Auch die Ernennung des Trierer Bischofs Stephan Ackermann zum Missbrauchsbeauftragten konnte bisher keine Abhilfe schaffen. Da kam es der katholischen Kirche sehr gelegen, dass der Kriminologe Christian Pfeiffer die Hilfe seines Kriminologischen Instituts Niedersachsen (KFN) bei der Aufarbeitung der Missbrauchsfälle anbot. Doch dass die katholische Kirche Aufklärung anders definiert als die KriminologInnen aus Niedersachsen, hätte man erwarten können. Nun steht der Vorwurf, die katholische Kirche habe die Untersuchung kontrollieren und zensieren wollen, im Raum – nicht die Klärung des Sachverhaltes. Wer sich die Auseinandersetzungen um den Umgang mit den zu erhebenden Daten anschaut, gewinnt den Eindruck, dass die Kirche an der Veröffentlichung von Ergebnissen nicht interessiert ist. Nun wird vor Gericht über den Sachverhalt gestritten.

Zuletzt stelle man sich folgende Situation vor: Ein Krankenhaus, zu 100 Prozent öffentlich finanziert, verweigert einer vergewaltigten Frau die Pille danach. Begründung: Die Pille widerspreche den Wertvorstellungen des Trägers. Unmöglich im Jahr 2013? Nicht in

Deutschland. Tatsächlich haben sich allein in Nordrhein-Westfalen mindestens zwei solcher Fälle abgespielt: In öffentlich finanzierten Krankenhäusern in katholischer Trägerschaft wurden Vergewaltigungsoffer mit dieser Begründung abgewiesen. Eine Entscheidung, die zwar rechtlich nicht angreifbar, dafür aber ethisch höchst zweifelhaft ist. Das scheint manch einen Vertreter der katholischen Kirche nicht zu interessieren. Kirchliche Krankenhäuser hätten, so der Geschäftsführer des Katholischen Krankenhausverbandes Deutschlands (KKVD) Thomas Vorkamp, «das verfassungsrechtlich geschützte Recht, bestimmte medizinische Leistungen wie Abtreibungen nicht anbieten zu müssen». Ein paar Tage später las man, die «Pille danach» sei «in Einzelfällen» erlaubt. Joachim Meisner, Kardinal des Erzbistums Köln, entschuldigte sich bei den Opfern, beklagte aber zugleich eine zunehmende Katholikenphobie in Deutschland.

Es scheint, als ob die katholische Kirche noch immer von einem politischen Allmachtsanspruch ausgeht. Im Hinblick auf die öffentliche Präsenz und den Einfluss der Kirchen auf die Politik scheint dies zu stimmen, aber die Bevölkerung ist längst weiter. In allen drei Fällen zeigt sich jedoch auch, dass der Vorwurf des Demokratiedefizits nicht allein die katholische Kirche, sondern auch den Staat und die beteiligten Institutionen trifft. DIE LINKE täte gut daran, sich dieser Problematiken stärker als bisher anzunehmen.

CHRISTOPH LAMMERS IST REFERENT IM STUDIENWERK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ILSEGRET FINK/CORNELIA HILDEBRANDT

NEIN ZUR SKLAVEREI

DER EVANGELISCHE KIRCHENTAG UND DIE SUCHE NACH ALTERNATIVEN

«Soviel du brauchst» – so lautete das Motto des deutschen evangelischen Kirchentags vom 1. bis 5. Mai in Hamburg. Es erinnert an die durch Moses organisierte Flucht der hebräischen SklavInnen aus Ägypten.

Doch der Weg in die Freiheit führte durch die Wüste, brachte Erschöpfung und Hungersnot, so dass der Sinn der gewonnenen Freiheit den Geflüchteten fraglich wurde. In dieser Situation bedeuten die tröstenden Worte Mose: keineswegs einen biblischen Aufruf, im Überfluss das richtige Maß zu finden, sondern das Versprechen, dass es in der Wüste so viel Verpflegung geben wird, wie für das Überleben der befreiten SklavInnen gebraucht wird. Der Protest der enttäuschten Befreiten gegen ihre Not auf dem Weg der Befreiung steigerte sich in dem Satz «Dann doch lieber Sklave bleiben und satt sein». Es ist also eine Erzählung vom hohen Preis der Befreiung. Doch nicht diese steht im Fokus des Kirchentags, sondern der Preis des Wirtschaftens, der Lebensweisen unter heutigen globalisierten Bedingungen, der drohenden ökologischen Katastrophen.

Folgerichtig bilden das verantwortungsvolle Wirtschaften, die Energiewende und die Entwicklung neuer Technologien und einer Sozialethik des 21. Jahrhunderts die zentralen Themen dieses Kirchentags. Sie werden ergänzt um Gerechtigkeits-, Demokratie- und Menschenrechtsfragen, Geschlechtergerechtigkeit und Fragen zu religiöser und kultureller Vielfalt. Weniger laut wird die Friedensfrage gestellt. Zwar finden sich kritische Stimmen gegen Waffenexporte, gegen den Krieg als Geschäft. Zugleich wächst auf

den Kirchentagen die Präsenz der Militärseelsorge und mit ihr die Selbstverständlichkeit kriegerischer Beteiligungen der Bundeswehr. «Willkommen zu Hause?» heißt ein Podium zur Verantwortung und den Folgen der Auslandseinsätze der Bundeswehr – zu Hause. Kaum hinterfragt werden die Kriegsfolgen in den Ländern selbst. Oder die Tatsache, dass jemand an diesen Kriegen und den Waffen verdient. Gilt auch hier: soviel du brauchst?

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung präsentierte sich mit ihrem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten des Kirchentags als Ort der Suche nach Alternativen, die sich nicht auf das «richtige Maß» oder auf Regulierungen im System beschränken lassen. Es geht um das Ganze, um eine andere Entwicklungsrichtung: Leben ist mehr als Kapital! Das ist deshalb seit Jahren die Losung des Stiftungsstandes. Uns geht es darum, Reichtum umzuverteilen, die Gesellschaft demokratisch umzugestalten, sozial-ökologisch umzusteuern, uns geht es um umfassende Solidarität, um Abrüstung und die Beendigung deutscher Waffenexporte wie auch der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir nutzen vor allem die biblische Botschaft dieses Kirchentagsmottos – das Nein zur Sklaverei – und fragen, wie die heutigen strukturellen Ursachen von Sklaverei, Not und Verelendung beseitigt werden können. Mehr zum Thema Linke und Religion ist abrufbar im Blog <http://kirchentag.blog.rosalux.de>.

ILSEGRET FINK ARBEITETE ALS PASTORIN. CORNELIA HILDEBRANDT IST STELLVERTRETENDE DIREKTORIN DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG.

BERND HÜTTNER

LANGER WEG IN DEN STAAT

WIE SICH DIE ARBEITERBEWEGUNG
IN DEUTSCHLAND ZU PARTEIEN FORMTE

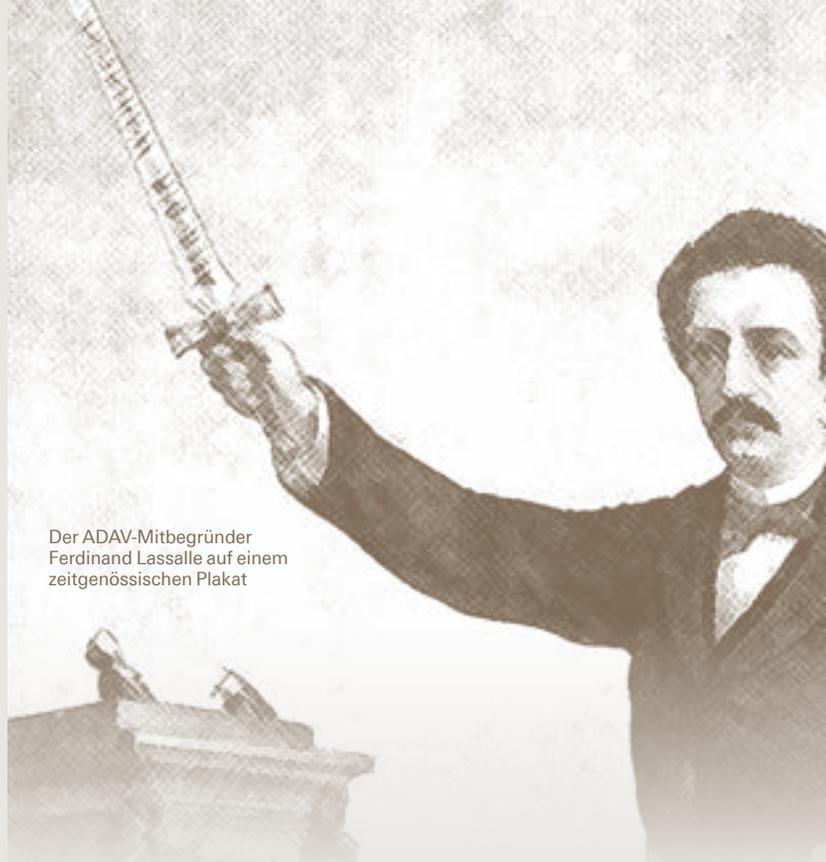
Vor 150 Jahren wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet. Es war die Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie als Partei.

Erster Präsident des ADAV wurde Ferdinand Lassalle (1825–1864). Ihn als Gründer der Deutschen Arbeiterbewegung zu bezeichnen, wäre freilich nicht richtig. Bereits um 1848 hatten sich zahlreiche Organisationen gebildet, zum Beispiel die Arbeiterverbrüderung um Stephan Born, in denen sich auch zahlreiche Frauen engagierten.

«Der Arbeiterstand muss sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem Losungswort und Banner dieser Partei machen». Dies war einer der programmatischen Kernsätze des ADAV, 15 Jahre nach der niedergeschlagenen Revolution von 1848. Die LassalleanerInnen gingen davon aus, dass die ArbeiterInnen das Allgemeininteresse verkörpern. Sie setzten auf Solidarität und das allgemeine Wahlrecht, nicht auf kämpferische Emanzipation des Proletariats und Gewerkschaftsbewegung. Lassalle war, wie viele damalige und zukünftige TheoretikerInnen der Arbeiterbewegung, selbst kein Arbeiter, sondern studierter Sohn eines Tuchhändlers. Er wurde mit großen Vollmachten ausgestattet.

Einen etwas anderen Ansatz verfolgte die 1869 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), die sogenannten «Eisenacher» um Wilhelm Liebknecht und den in armen Verhältnissen aufgewachsenen Drechsler August Bebel. Die SDAP strebte «die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt» an. 1875 fusionierten beide Organisationen auf dem Parteitag in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Nach einer Phase des Verbots durch die Sozialistengesetze gab sich die in SPD umbenannte Organisation im Jahr 1891 auf dem Erfurter Parteitag das gleichnamige, marxistische Programm. Lassalle gilt heute als Begründer eines sozialen Reformismus. Der Marxismus-Leninismus der DDR bevorzugte demgegenüber den radikaleren Zugang der EisenacherInnen, eine sympathisierende Befassung mit Lassalle war verpönt.

Die Arbeiterbewegung war seinerzeit noch sehr stark vom handwerklichen Geist geprägt: Die Arbeit wurde idealisiert, die ArbeiterInnen sollten tagsüber gute Produkte herstellen, auf die sie stolz sind, und sich abends in den Einrichtungen der Arbeiterkultur bilden. Den sozialen Aufstieg musste die Arbeiterklasse selbst organisieren, sie war noch lange nach der Gründung des ADAV aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Dies verdeutlicht ein Blick auf die scheinbar schrittweise Einführung des allgemeinen Wahlrechts, immerhin eine Hauptforderung des ADAV: Bei den Reichstagswahlen 1871 galt es erstmals für alle männlichen Bürger. In Preußen galt bis November 1918 noch das nach Steueraufkommen gestaffelte Dreiklassenwahlrecht. Auch Frauen erhielten das Wahlrecht erst im November 1918. Was im Nachhinein wie die bis mindestens in die 1950er Jahre andauernde «Verstaatlichung der Arbeiterbewegung» aussieht, war in einer gewissen Sichtweise logisch. Man wollte Bestandteil des Staates wer-



Der ADAV-Mitbegründer Ferdinand Lassalle auf einem zeitgenössischen Plakat

den, gleichberechtigten Zugang zu den öffentlichen Gütern (Bildung, Gesundheit, Freizeit) erhalten und nicht qua Herkunft davon ausgeschlossen sein. Neben den Gewerkschaften und der bis 1914 einzigen Arbeiterpartei, der SPD, gab es parallel die dritte bzw. vierte Säule: ein Geflecht von Genossenschaften und die Institutionen der Arbeiterkultur. Diese aus der Selbsthilfe entstandenen Einrichtungen der Arbeiterbewegung wurden ebenfalls immer mehr Bestandteil des Staates oder von diesem finanziert. Marx dagegen plädierte dafür, dass die Genossenschaften unabhängig sein sollten.

Neben vielen anderen Fragen war die Haltung zum Staat immer einer der Streitpunkte der Arbeiterbewegung: Ist der Staat neutral und damit ein potentieller Partner, oder nicht? Während die SPD noch erbitert über diese Frage stritt, schritt ihre parlamentarische Präsenz voran. 1890, nach dem Fall der Sozialistengesetze, erreichte sie die relative Mehrheit der Stimmen (20 Prozent), 1912 wurde sie erstmals stärkste Fraktion im Reichstag. Der ADAV ist heute insofern eine Traditionslinie für linke Politik, als er klassenübergreifende Themen ansprach, die wiederzuentdecken wären. Deutlicher noch könnte dies für die vor allen von Lassalle vertretenen Produktivgenossenschaften gelten, die, wenn sie nicht so staatsnah aufgefasst würden wie von Lassalle selbst, im Rahmen aktueller Experimente mit neuen Arbeitsformen und solidarischer Ökonomie ein Leitbild sein könnten. Die Arbeiterbewegung war auch eine den Alltag prägende Bildungs- und Kulturbewegung. Diese Traditionslinie wurde erst durch den Nationalsozialismus und anschließend die Konsumgesellschaft beendet. Heute aber haben die Gewerkschaften und linken Parteien den Bereich der Lebenswelt weitgehend aufgegeben.

BERND HÜTTNER IST REFERENT FÜR ZEITGESCHICHTE UND GESCHICHTSPOLITIK DER ROSA-LUXEMBURG STIFTUNG

ZUM ADAV-JUBILÄUM richtete die Stiftung Ende April in Leipzig eine geschichtswissenschaftliche Konferenz aus. Mehr dazu im Internet unter www.rosalux.de/event/48075.



ROSA LUXEMBURG

NACH 50 JAHREN

AUS DER LEIPZIGER VOLKSZEITUNG
VOM 23. MAI 1913

Für die herrschenden Klassen, die das Größte an Leistung, Kampf und Ideal hinter sich haben, sind historische Jubiläen nur ein Mittel, in Selbstzufriedenheit das Vergangene zu preisen und das Bestehende mit einem von der Vergangenheit erborgten Nimbus zu verklären.

Für eine revolutionäre Klasse wie das moderne Proletariat, die das Größte noch vor sich hat, sind geschichtliche Erinnerungstage nicht eine Gelegenheit, mit einem Blick auf die eigene Vergangenheit triumphierend zu konstatieren, «wie herrlich weit wir's schon gebracht» haben, sondern vor allem Anlass zur Selbstkritik, zur Prüfung des Geleisteten und Verständigung über das zu Leistende. Als am 23. Mai 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet wurde, da wurde damit die Klassenpartei des deutschen Proletariats in der Tat «plötzlich wie durch einen Zauberschlag», aus der Taufe gehoben.

Es war ein kühner Entschluss, eine rasche Tat Lassalles, die jenen welthistorischen Moment gezeugt haben, und die Arbeiterklasse Deutschlands ist ihm ewigen Dank schuldig, dass er zu jener unsterblichen Tat ganz allein, ja gegen Marxens Abmahnung die eiserne Energie fand. Die Entstehung und das Wachstum der Sozialdemokratie als der aufgeklärten, zielbewussten Vorhut des kämpfenden Proletariats ist freilich nicht ein Zufallsprodukt, nicht eine willkürliche Schöpfung genialer Individuen. Sie ist in den kapitalistischen Verhältnissen selbst begründet. [...] Erst eine so kräftig auf die eigenen Füße gestellte Klassenpartei des Proletariats konnte

nach und nach zur lebendigen Verwirklichung der Marxschen theoretischen Erkenntnis, zu dem werden, was die deutsche Sozialdemokratie heute ist.

Seit fünfzig Jahren dreht sich die Politik und das ganze öffentliche Leben Deutschlands um die Sozialdemokratie. Sie ist das starke Triebrad des sozialen Fortschritts im Reiche, sie ist der Hort der freien wissenschaftlichen Forschung und der Kunst, sie ist der einzige Anwalt der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sie ist die Beschützerin und Weckerin der Volksjugend, sie ist das Bollwerk des Völkerfriedens, sie ist die Verkünderin der Auferstehung von Millionen aus dem tiefen Schacht des materiellen und geistigen Elends, worin sie die kapitalistische Ausbeutung gebannt hat. All dies ist sie aber nur, weil und solange sie das bleibt, was sie als ihren historischen Geburtschein mitgebracht hat: eine rücksichtslose Partei des revolutionären Klassenkampfes um die Verwirklichung der Endziele des Sozialismus. «Der Arbeiterstand muss sich als selbständige politische Partei konstituieren», schrieb Lassalle im «Offenen Antwortschreiben» an das Leipziger Zentralkomitee. Groß und mächtig ist in den fünfzig Jahren, die seitdem verfloßen, die Organisation der Sozialdemokratie gewachsen. Aus den paar Tausenden, die dem Banner Lassalles folgten, ist ein Heer von einer Million geworden. [...]

Das Aktionsprogramm Lassalles ist in dem halben Jahrhundert schwerer Mühen und Opfer glänzend ausgeführt worden und hat sich in der heutigen Größe der Partei glänzend bewährt. Aber das Aktionsprogramm Lassalles war das Produkt einer bestimmten politischen und historischen Situation. Darin liegt seine Größe und zündende Kraft, darin ist auch seine Vergänglichkeit, seine geschichtliche Schranke gegeben. Zur Zeit Lassalles, vor fünfzig Jahren, in der Kindheitsphase des deutschen Parlamentarismus, in den Flegeljahren des deutschen Kapitalismus waren die Schöpfung und der Ausbau der sozialdemokratischen Parteiorganisation an sich, war der Eintritt der Arbeiterklasse in die gesetzgebenden Vertretungen allein schon ein mächtiger Fortschritt, ein befruchtendes Aktionsprogramm, eine politische Offensive. [...] Heute gibt es keinen Lassalle, der mit einer Stimme, die wie Erz tönt, und mit kühnem Arm die deutsche Arbeiterklasse zum Sturm auf die Bollwerke der Klassenherrschaft mitreißen würde. Die Zeit der überragenden Individuen, der kühn vorauseilenden Führer ist vorbei, denn heute ist die Masse selbst berufen, ihr eigener Führer, Bannerträger und Stürmer, ihr eigener Lassalle zu sein. «Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man das Morgenrot des neuen Tages, das sind ein und zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs.» Lassalle und Marx haben die Arbeiterklasse auf die hohen Bergspitzen der Wissenschaft geführt.

Und jetzt, wo schon der beginnende Untergang der kapitalistischen Sonne auf einem blutroten Flammenmeer den Himmel färbt, wo schon im Tale selbst das erste Nahen des neuen Tages immer vernehmbarer wird, da ist es für die Masse der aufgeklärten Arbeiterschaft an der Zeit, sich dessen bewusst zu werden, dass sie in den fünf Jahrzehnten mündig, stark und reif geworden ist. Kraft und Mündigkeit verpflichten aber zu einer Politik, die an Kühnheit, Weitblick und Größe jener würdig wäre, aus der vor einem halben Jahrhundert der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hervorgegangen ist.

ROSA LUXEMBURG WAR MITGLIED SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN IN POLEN, DEUTSCHLAND UND RUSSLAND. SIE GRÜNDETE DIE KPD MIT.

MUTLOSE MEDIEN

STUDIE ZEIGT: ZEITUNGEN KUSCHEN HÄUFIG BEI BERICHTEN ÜBER REICHTUM

Wie analysieren und kommentieren einflussreiche Printmedien in Deutschland das Thema Armut und Reichtum? Wie wird dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit strukturiert?

Antworten auf diese Fragen gibt eine Studie der Stiftung, die Ende April bei einer Tagung in Berlin vorgestellt wurde. Armut und Reichtum können als siamesische Zwillinge wahrgenommen werden, zumal öffentliche Armut und privater Reichtum. Sie können als gesellschaftliche Problemlagen verarbeitet werden, mit denen sich Politik zwecks Herstellung eines sozialen Ausgleichs zum Erhalt der Reproduktion der gesamten Gesellschaft zu befassen hat. Sie lassen sich einordnen als Ausläufer einer ungleichen Verfügung über materielle und geistige Produktions- und Reproduktionsmittel. Sie können aber auch als Resultat individuellen Verhaltens, von Leistung und Versagen, von Erfolg und Misserfolg oder Glück und Pech behandelt werden. Je nachdem, welche Sicht sich journalistisch und politisch durchsetzt, sind die Rückwirkungen auf Arme und Reiche unterschiedlich.

«Eine Auseinandersetzung mit der Macht privater Großvermögen findet nicht statt.»

Wird Armut mehrheitlich als Resultat individuellen Versagens und Fehlverhaltens begriffen, nährt das bei den Betroffenen die Befürchtung, beim öffentlichen Auftreten als Versager wahrgenommen zu werden. Die Folgen sind Rückzug in eigene, geschützte Räume und Abschied aus der demokratischen Beteiligung, also eine strukturelle Entpolitisierung von Armut und Reichtum. «Wir gehen niemals ohne Brille durch die Welt», schrieb einst der Soziologe Pierre Bourdieu, «besonders nicht durch die soziale. Wir gehen durch die soziale Welt mit Wahrnehmungskategorien, Prinzipien der Anschauung und Einteilung». Wie die Brille, ihre Gläser und ihre Färbung, beschaffen sind, hängt an verschiedenen Faktoren. Sie reichen von der Prägung durch die soziale Herkunft über verinnerlichte soziale Strukturen bis hin zur Konturierung des öffentlichen Raumes durch die journalistische Meinungsbildung. In der Politik geht es um die Durchsetzung legitimer, dominierender Prinzipien der Anschauung und der Einteilung der sozialen Welt.

Fremd- und Selbstentwertung gehen in der «Welt der Armut» Hand in Hand und verstärken den Rückzug in die eigene soziale Schutzwelt. Umgekehrt verhält es sich mit der «Welt des Reichtums». Wo dessen gesellschaftliche Grundlagen und Voraussetzungen nicht mehr gewusst werden wollen, glaubt man sich verdientermaßen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht mehr interessieren zu müssen, blickt distanziert auf «das Volk da unten» und heiratet ansonsten erneut vorwiegend unter Seinesgleichen. Ein gemeinsamer öffentlicher Raum, in dem über Interessen am gesellschaftlichen Ganzen und über das Allgemeinwohl gestritten,

Konflikte ausgetragen und Entscheidungen getroffen werden könnten, geht verloren, zumal wenn die normativen Grundlagen der Chancengleichheit und der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nur als untergegangene Ideale, nicht als ernst zu nehmende Ansprüche behandelt werden.

Die Autoren und Medienexperten Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz nahmen für die Studie «Portionierte Armut, Blackbox Reichtum. Die Angst des Journalismus vor der sozialen Kluft» die Tageszeitungen *Frankfurter Allgemeine (FAZ)* und *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, *Berliner Zeitung* und *Tagesspiegel* sowie der Wochenpublikationen *Der Spiegel* und *Die Zeit* unter die Lupe. Trotz vieler kritischer Befunde wird für die Mehrheit der Medien festgehalten: «Kommentare, die ohne jede Rücksicht mit den Ellenbogen geschrieben sind, bilden die Ausnahme». Nur die *FAZ* mache in besonderer Weise aus Armut Vorwürfe an vermeintlich versagende Individuen. Als einziges Medium schneidet *Die Zeit* positiv ab: «In der Summe ist die redaktionelle Leistung der *Zeit* ausgezeichnet», bilanzieren Arlt und Storz. Das Resümee der Studie charakterisiert dennoch «den journalistischen Gebrauch der Pressefreiheit im Umgang mit Reichtum und Armut als einen Fall von Pressefeigheit». Das trete eklatant beim Thema Reichtum hervor, der weitgehend als Blackbox behandelt werde. Der Journalismus zerbreche sich mehr den Kopf über die Probleme der Reichen als über die Folgen der Zusammenballung privaten Reichtums für den Rest der Gesellschaft. Eine Auseinandersetzung mit der Macht privater Großvermögen finde nicht statt. Umgekehrt werde Armut zwar mit Sorge registriert, aber ihrer gesellschaftlichen Brisanz beraubt. Kommentarpraxis sei es, Armut zu zerlegen, sie aufzulösen in Kinder-, Alters-, Migrantinnen-, Langzeitarbeitslosen-, Schwerbehinderten-, Hartz-IV- und Alleinerziehenden-Armut. «Frauen sind, das fällt auf, nur als Mütter arm.» Als verantwortliche und problematische Akteure würden – egal ob es um Mindestlöhne, Steuern, Bildung, Sozialtransfers geht – stets die Individuen und der Staat/die Politik angesprochen, selten Unternehmer und Unternehmen. Zur öffentlichen Strukturierung von Armut und Reichtum, so führte die taz-Journalistin Ulrike Herrmann während der Tagung aus, gehöre die Welt dazwischen. Über die Mittelschicht heiße es vielfach, dass sie unter Druck gerate, drohe zerrieben, auf jeden Fall aber nicht ausreichend beachtet zu werden. Die Individualisierung von Armut und Reichtum stärke vor allem in der gesellschaftlichen Mitte individuelle Strategien der Abgrenzung und Verteidigung nach unten und der Hoffnung nach Aufstieg und Bündnisbereitschaft nach oben. Herrmann sprach zum Thema «Warum die Mittelschicht Zeitungen liest, die einseitig die Interessen der Eliten bedienen». Sebastian Bödeker, Doktorand am Wissenschaftszentrum Berlin, widmete sich dem zudem dem «Zerfall eines gemeinsamen demokratischen Raumes».

Die Beiträge der Tagung können auf der Internetseite des Gesprächskreises Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse nachgelesen werden. Die Studie sowie ergänzenden Online-Materialien finden sich unter <http://www.rosalux.de/publication/39364>.

HORST KAHRS IST REFERENT FÜR DAS ÖFFENTLICHE/SOZIALSTRUKTURANALYSE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

JETZT ABER MAL ECHT

PERSPEKTIVEN DER DEMOKRATIE



Demonstration für «Echte Demokratie jetzt» in Spanien. Foto: Javi_S&M/Flickr

ALEX DEMIROVIĆ

HIN ZUR SELBSTREGIERUNG

LINKE SOLLTEN FÜR MEHR MITSPRACHE STREITEN. DENN DIE RECHTE BAUT DEN BÜRGERLICHEN STAAT SCHRITTWEISE ZU EINEM AUTORITÄREN APPARAT UM

Die parlamentarisch-repräsentative Demokratie kommt nicht zur Ruhe. Immer wieder gerät sie in Bedrängnis. So auch gegenwärtig, wo sich die kapitalistische Gesellschaftsformation in einer großen, von multipen Dynamiken gekennzeichneten Krise befindet. Eines ihrer Merkmale ist die Krise der Politik – also des Klassenkompromisses, der Demokratie und des Staates.

In der jungen Geschichte der parlamentarischen Demokratie, die ohne größere Unterbrechungen in den OECD-Staaten erst nach dem Ersten und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurde, kam es immer wieder zu großen politischen Krisen wie den faschistischen Ausnahmezustandsformen oder den Militärdiktaturen. Auf einem weniger bedrohlichen Niveau werden demokratische Mechanismen unterhöhlt durch Notstandsgesetze und Außerkräftsetzung von Bürgerrechten, geheimdienstliche Operationen polizei-

liche Provokationen oder Überwachungsmaßnahmen (siehe auch Beitrag ab Seite 24). Weitere Mittel sind Korruption und die Bildung informeller Machtnetzwerke bis hin zu Geheimbünden wie die Loge P2 in Italien oder der „tiefe Staat“ in der Türkei. Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene bilden antidemokratische Kräfte wie rechte oder rechtspopulistische Parteien, Zeitschriften, Verlage, Musikgruppen oder gewaltbereite Banden ein permanentes Bedrohungsdispositiv. Zur parlamentarischen Demokratie gehört allerdings auch eine Art Beruhigungsdiskurs. Das Bürgertum überzeugt sich selbst davon oder lässt sich überzeugen, dass es zwar bürgerlich-autoritäre Alternativen zur parlamentarischen Demokratie geben mag, sie aber die am wenigsten schlechte politische Form darstelle. Die verschiedenen Fraktionen wissen, dass sich keine von ihnen an der Macht behaupten könnte, wenn sie die politisch-staatlichen Institutionen

Langfassung
des Interviews und
weitere Gespräche mit
AktivistInnen unter
[www.zeitschrift-
luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de)

«BEWEGLICHER WERDEN»

EMPÖRTE UND GEWERKSCHAFTER IN SPANIEN

Paula Guisande ist Gewerkschaftssekretärin des Sindicato Joven («Junge Gewerkschaft»), einer Jugendorganisation kommunistisch orientierten Gewerkschaftsverbands CCOO («Arbeiterkommissionen»).

Welche Rolle spielt das Sindicato Joven bei den Massenmobilisierungen in Spanien?

Guisande: Wir sind wohl der am stärksten involvierte Teil der Gewerkschaften. Wir arbeiten eng mit anderen Gruppen aus der Bewegung 15M zusammen, der Bewegung der Empörten, die am 15. Mai 2011 entstand. Unzufriedene Jugendliche aus Madrid haben mit den Aktionen begonnen. Wir sahen, dass sich da etwas Neues entwickelte, und versuchten, möglichst nah an dem Prozess dran zu bleiben, offen zu sein.

Welchen Beitrag hat die Bewegung 15M für den Gewerkschaftsverband geleistet?

Guisande: Im Gesundheitssektor erleben wir eine enorme Privatisierungswelle. Seit Jahren haben die Gewerkschaften dagegen protestiert, aber kaum jemanden hat das interessiert. Seit dem 15M sind die Leute in den Betrieben und im Stadtteil viel motivierter, sich zu beteiligen. Das hat uns Aufwind gegeben. Zudem sind wir agiler geworden. Die Gewerkschaftsarbeit muss näher an die Menschen ran, sie muss beweglicher und mutiger werden.

Agieren Gewerkschaftsmitglieder seitdem anders?

Guisande: Der 15M hatte schon einen positiven Einfluss. Die Neugier, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken, und die Bereitschaft, das eigene Handeln zu überdenken, sind gewachsen. Die Gewerkschaften sind kämpferischer geworden. Aber auch Leute in ihrem Umfeld mischen sich mehr ein.

Welche Beziehungen gibt es zwischen dem linken Parteienbündnis Izquierda Unida und den CCOO?

Guisande: Früher gab es eine enge Beziehung zwischen den CCOO und der Kommunistischen Partei Spaniens, der größten Partei innerhalb der Izquierda Unida (IU). Heute gibt es keine formelle Beziehung mehr. Dennoch ist die IU von allen Parteien am aufgeschlossensten gegenüber den Problemen der Arbeitenden, das gilt für ihr Programm und auch für ihre direkte Beteiligung in gewerkschaftlichen Kämpfen. Entscheidend ist, dass GewerkschafterInnen sich aktiv an politischen Prozessen beteiligen, sei es in den Parteien, im Stadtteil oder in der Gewerkschaft. Wenn wir uns etwa für Bildung einsetzen, dann geht es nicht nur darum, die Arbeitsrechte der Beschäftigten zu verteidigen, sondern um die Frage, wie wir eine Gesellschaft schaffen können, in der sich Leute frei entscheiden können.

**FRAGEN: LARA HERNÁNDEZ
ÜBERSETZUNG: SUSANNE SCHULZ**



Paula Guisande

dauerhaft mit ihrem Interesse besetzen wollte. Die Beruhigung besteht in der Selbstvergewisserung, dass parlamentarisch herbeigeführte Entscheidungen auf Kompromisse und auf eine Vielzahl von Informationen gestützt sind, sie im Zweifelsfall wieder rückgängig gemacht werden und deswegen Hindernisse und Gegenmobilisierungen bei der Implementation vermieden werden können. Ein Beispiel für Deutschland ist die Wende in der Atompolitik nach dem Unfall in Fukushima 2011. De facto trägt der Aufwand bei der Entscheidungsfindung dazu bei, dass Entscheidungen langfristiger gelten können, effizienter sind und weniger Widerstand hervorrufen. Dies gilt auch mit Blick auf die unteren Klassen. Sie werden eingebunden, ihre Vertreter in ein breites Netz von Mitsprachegremien einbezogen wie Parlamente, Rundfunkanstalten, betriebliche oder Nichtregierungsorganisationen. Ihre Interessen werden berücksichtigt bei Fragen von Löhnen und Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitszeiten und -schutz, Ausbildung oder der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Dazu sind Zugeständnisse der bürgerlichen Klasse nötig. Sie verringern die politischen Entscheidungsspielräume und schränken die Verfügungsgewalt über den gesellschaftlichen Reichtum ein.

Es gibt so wenig eine säkulare Tendenz hin zur Demokratie wie eine Krisentendenz, sondern Zyklen der Demokratisierung und der Krise. Die Krisen der Demokratie nehmen spezifische Formen an und sind eng mit der konkreten kapitalistischen Vergesellschaftung und den Kompromissen zwischen den sozialen Gruppen und Klassen verbunden. Der Neoliberalismus kann als eine Strategie verstanden werden, den durch die parlamentarisch-demokratischen Institutionen organisierten und verkörperten Klassenkompromiss weitgehend auszulösen und auf Zugeständnisse gegenüber den subalternen sozialen Klassen zu verzichten – oder sie nur noch sehr flexibel und temporär einzugehen. Dies wurde ermöglicht durch die Verlagerung der Produktion in andere Weltregionen, durch die Verfügung über hochqualifizierte Arbeitskräfte aufgrund von Zuwanderung und eine hohe Arbeitslosigkeit. Folge: enormer Druck auf Löhne und Sozialstandards. Der fordistische Klassenkompromiss wurde angegriffen und aufgelöst, damit auch die auf ihm beruhende Wohlfahrtsdemokratie der Nachkriegszeit.

Seit dem Ausbruch der gegenwärtigen Krise in den Jahren 2007 und 2008 ist es zu einer dichten Kette von Notstandsmaßnahmen und ausnahmestaatlichen Praktiken gekommen. Der Geograph und Sozialtheoretiker David Harvey sprach 2008 vom Finanzstaatsstreik, der in den USA stattgefunden habe, nachdem mehrere hundert Milliarden US-Dollar öffentlicher Mittel eingesetzt wurden, um toxische Wertpapieren aufzukaufen und so die Zahlungsfähigkeit der Banken zu retten. Ähnliche Maßnahmen wurden auch in Deutschland ergriffen. Nach nur wenigen Tagen der parlamentarischen Beratung wurde im Oktober 2008 der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung eingerichtet. Damit erhielten einige wenige Personen das Recht, über öffentliche Mittel im Volumen von 500 Milliarden Euro zu entscheiden, die für die Sicherung der Banken eingesetzt werden sollten. Dieser sogenannte Lenkungsrat war dem Parlament gegenüber nicht verantwortlich, de facto wurde das Haushaltsrecht des Parlaments eingeschränkt und eine Art Notstandsregierung geschaffen.

Die Logik des Ernstfalls hat auch das weitere Vorgehen der deutschen Regierung, der Euro-Gruppe wie der EU-Kommission bestimmt. Es wurde eine Vielzahl von Mechanismen entwickelt, die in den Verträgen und Verfahren der EU nicht vorgesehen sind. Die

Sparpolitik wird gegenüber Griechenland von einer sogenannten Troika von EU, EZB und IWF durchgesetzt. Wie in den USA wird auch in der EU das Krisenmanagement weitgehend von Personen betrieben, die eng mit der Finanzindustrie verbunden sind und gewährleisten, dass die Regulierungen schwach und im Sinne der Interessen der VermögensbesitzerInnen ausfallen – also ihre Vermögenstitel und die Wertstabilität ihrer Vermögen gesichert sind, während der Sozialstaat weiter abgebaut und der Grad der Ausbeutung der Lohnabhängigen angehoben wird. Der Versuch des früheren griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou, die mit der Troika vereinbarten Sparbeschlüsse in einem Referendum Ende 2011 zur Abstimmung vorzulegen, galt herrschenden Kräften als nicht hinnehmbar. Griechenland wurde von deutscher Seite ein Kommissar angesonnen, der die Einhaltung der Sparbeschlüsse überwachen sollte. Die Bewilligung eines 130 Milliarden Euro umfassenden Kredits für Griechenland wurde unter anderem mit der Bedingung der Einrichtung eines Sperrkontos verbunden, das der Kontrolle des griechischen Staats entzogen ist. Parlamente und Bevölkerung werden aus den Willensbildungsprozessen also weitgehend ausgeschlossen. Die Beschlüsse des Finanzpakts 2012 (Einführung der Schuldenbremse, Festlegung des Schuldenabbaus, Automatismus von Sanktionen, ein Strukturanpassungsprogramm, das sich vor allem gegen die sozialen Rechte der Lohnabhängigen wendet) wurden im Rahmen eines zwischenstaatlichen Vertrags außerhalb des EU-Gesetzesrahmens und entsprechender Verfahren vereinbart. Damit kommen Vertragsverhandlungen, Beschlüsse und Umsetzung in hohem Maße außerhalb des Rahmens von demokratischen Verfahren und öffentlich kontrollierten Verantwortlichkeiten zustande. Das Krisenmanagement steht eng unter der Kontrolle von VertreterInnen der VermögensbesitzerInnen, die ihre Maßnahmen in einer Serie von notstandsstaatlichen Operationen verfolgen. Der formelle, demokratisch-parlamentarische Staat wird also nicht verdrängt oder ersetzt, wie das der Fall ist bei Ausnahme staatsformen, sondern eher ergänzt durch eine Art parallel wirkendes Notstandsregime.

Die Proteste, die es in einigen Ländern gibt, haben bislang wenig ausgerichtet. Die Gefahr des Rückfalls in einen neuen Nationalismus ist real, wie das Anwachsen rechtsextremer Stimmungen in Griechenland, aber auch die Wiederbelebung der faschistischen Tradition durch die ungarische Rechtsregierung zeigen. Demgegenüber sind europäisch koordinierte Formen der politischen Diskussion wie im Rahmen von Attac, des gemeinsamen Protests der sozialen Bewegungen vergangenes Jahr in Frankfurt am Main oder der europäischen Gewerkschaften notwendig.

Niemand in den Klassen der ArbeiterInnen oder des Kleinbürgertums sollte glauben, sie oder er würde von den Austeritätspolitik verschont bleiben. Sie wird zudem zur Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage beitragen. Denn das deutsche Modell aus Exportorientierung, niedrigen Löhnen, Schuldenbremse und Sparpolitik ist nicht verallgemeinerungsfähig. Für eine Bewahrung und Stärkung der Demokratie ist es notwendig, demokratische Rechte nicht auf nationaler wie auf europäischer Ebene zu fordern und zu stärken. Längst fällig ist eine Demokratisierung der EU. Sie darf sich indes nicht auf eine Stärkung des Parlaments und Bildung einer europäischen Öffentlichkeit beschränken. Vielmehr muss sie eine Demokratisierung der Wirtschaft, also der Arbeitsverhältnisse, und der Investitionsfunktion der Unternehmen sowie eine Demokratisierung des Kredits ins Auge fassen (siehe auch Seite 30).



Wiederbelebung faschistischer Tradition: Aufmarsch der «Ungarischen Garde» in Budapest, Oktober 2007. Foto: dpa

Linke sollten den Demokratiebegriff nicht aufgeben. Denn auch wenn Demokratie nicht mehr die Aushandlung von verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klassen und die partielle Berücksichtigung der Interessen von Subalternen meint, wird es historisch noch für lange Zeit Konflikte zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen geben. Es war deswegen eines von Marx' Zielen, das allgemeine, gleiche Wahlrecht in allen gesellschaftlichen Sphären zur Geltung zu bringen. Das Verständnis der Demokratie sollte freilich nicht mehr verkürzt werden auf ein Mitspracherecht der Subalternen bei den Entscheidungen der Herrschenden, sondern sollte in Selbstregierung der frei Assoziierten übergehen.

ALEX DEMIROVIC IST SOZIALWISSENSCHAFTLER UND WAR GASTPROFESSOR AN DER TU BERLIN. ER IST VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

IM AUSNAHMEZUSTAND

REPRESSIVE POLITIK- UND POLIZEISTRATEGIEN ERLEBEN EIN REVIVAL

Die aktuellen Krisen haben Millionen Menschen mobilisiert. Sie wenden sich gegen die postdemokratischen Verhältnisse, die man als formales Funktionieren der repräsentativ-demokratischen Regierungsformen bei gleichzeitiger Entleerung ihres politischen Gehaltes und ihrer regulierenden Wirkung beschreiben kann.

In den Ländern Südeuropas greifen Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und medizinische Unterversorgung um sich. Dass die Autoindustrie, die Banken oder schlicht «die Märkte» in kürzester Zeit Milliardenhilfen erhalten können, während sich die soziale Situation für viele Menschen katastrophal verschärft, ruft Verbitterung hervor. Auf zwei Ebenen zeigen sich in durch die Krise verstärkte Tendenzen autoritären Regierens, die eine politische wie auch wissenschaftliche Herausforderung darstellen: im Politikprozess und im Umgang der Sicherheitsorgane mit Protest.

Der politische Prozess gerät in den hektischen Krisenreaktionen unter Druck. Mehrfach hat das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung wegen Missachtung der parlamentarischen Rechte gerügt, weil Rettungspakete im Eilverfahren oder unter Umgehung des Parlaments verhandelt wurden. Die Sparauflagen für die «Krisenländer» fügen sich auf transnationaler Ebene in dieses Bild. Sie orientieren sich an fiskalischen Erwägungen der EU-Währungshüter. Zugleich sind sie ein direkter Angriff auf den Lebensstandard und die politische Souveränität der «Empfänger» und ziehen entsprechend Proteste nach sich.

«Bereits seit dem Jahr 1999 zeichnet sich eine autoritäre Wende im Protest-Policing ab.»

Doch auch im Umgang mit dem Protest werden autoritäre Krisenreaktionen immer stärker sichtbar. Ein besorgniserregendes Beispiel waren die Blockupy-Proteste gegen die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main im vergangenen Jahr. Das Aktionskonzept der Blockupy-InitiatorInnen sah vor, die EZB aus Protest gegen die Krisenpolitik für einen Tag körperlich zu blockieren. Dies war ein weitreichender Vorschlag zivilen Ungehorsams, doch er unterlag einem Aktionskonsens der Zurückhaltung und Deeskalation. Die Behörden reagierten darauf jedoch mit ungeahnter Härte und versetzten Frankfurt in einen Ausnahmezustand. Zum präventiv-repressiven Repertoire gehörten «schiefer orgiastische Demonstrationsverbote», wie die Süddeutsche Zeitung schrieb, außerdem Hunderte unrechtmäßige Aufenthaltsverbote, stundenlanges Festhalten und Abfilmen von DemonstrantInnen.

In diesem sicherheitsstaatlichen Vorgehen traten Entwicklungen zutage, mit denen sich die Forschung zur polizeilichen Kontrolle von Protesten («Protest-Policing») schon seit Längerem befasst. Bereits angesichts der exzessiven Gewalteskalationen bei Protesten gegen

die Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle 1999 oder den G8-Gipfel in Genau im Jahr 2001 zeichnete sich eine autoritär-repressive Wende im Protest-Policing ab. Dabei war in den meisten westlichen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten eine Schwerpunktverschiebung innerhalb der Polizeiarbeit von Repression hin zu Prävention und Risikomanagement zu beobachten. Dem entsprach auch ein veränderter Umgang mit Protest. In der Langzeitperspektive wächst seit den 1960er Jahren die Toleranz der Polizei gegenüber Protestierenden, eskalierende Einsatzstrategien sind seltener geworden. Der polizeiliche Respekt für demokratische Rechte, so der Tenor der Forschung, war gestiegen, bis hin zur Akzeptanz geringfügiger Gesetzesübertretungen, wenn dies half, die Gesamtsituation zu befrieden. Die Forschung bezeichnet dies als Wandel vom «legalistischen» zum «pragmatischen» Einsatzstil.

Stattdessen konzentriert sich die Polizei auf präventives Agieren, Informationsbeschaffung, Kommunikations- oder Konsensverfahren und andere Einhegungsstrategien («deeskalative Stärke») gewinnen an Bedeutung. Dabei verschwimmen durch den gewaltprophylaktischen Druck durch Vorkontrollen, Armierung, extensive Videoaufnahmen, einschließende Begleitung und andere Maßnahmen die Grenzen zwischen Prävention und Repression. Die Forschung zu Videoüberwachung von Demonstrationen hat gezeigt, dass solche Maßnahmen bei Teilnehmenden zumindest zwei grundsätzliche Effekte zeitigen: einerseits Verunsicherung und Abschreckung von der Teilnahme an Protest, andererseits Gefühle von Ausgrenzung und Stigmatisierung, die das Aggressionspotenzial eher anstacheln als eindämmen.

Allerdings geht die Polizei nicht einheitlich mit Protest jeder Art um. Vielmehr sind die behördlichen Strategien hoch selektiv. Wichtig für polizeiliche Strategieentscheidungen ist die Kategorisierung des Protests, denn die von einer eher pragmatischen beruflichen Kultur geprägte Polizei wendet vorrangig Standardroutinen und Konditionalprogramme an. Die Forschung hat gezeigt, dass die deutsche Polizei schlicht zwischen aus ihrer Sicht legitimem und nicht legitimem Protest unterscheidet (wobei zwischen Zielen und Mitteln kaum differenziert wird). Die Einordnung scheint mehr vom Grad des politischen Antagonismus als von strafrechtsrelevanten Tatbeständen auszugehen.

Die Zuspitzung politischer Widersprüche in der Krise erweist sich so als Einfallstor für die Beschneidung von Bürgerrechten, die seit dem 11. September 2001 ohnehin massiv unter Druck stehen. Doch derzeit sind vor allem Bürgerrechtsorganisationen wie das Komitee für Grundrechte und Demokratie aktiv beim Monitoring des Verhältnisses von Polizei und Protest. Weder die Protestforschung noch die PolizeisozioLOGIE in Deutschland haben in der Vergangenheit ein nennenswertes Interesse für diese Themen gezeigt. Man kann deshalb nur vage auf eine zukünftig größere (möglicherweise außeruniversitäre) Aktivität in diesem Feld hoffen. Denn der staatliche Umgang mit Protest bleibt mit Sicherheit ganz oben auf der politischen Agenda.

PETER ULLRICH IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER AM INSTITUT FÜR PROTEST- UND BEWEGUNGSFORSCHUNG AN DER TU BERLIN



Großdemonstration auf dem Tahrir-Platz in Kairo, Februar 2011. Foto: Jonathan Rashad/Wikimedia

PETER SCHÄFER/TANJA TABBARA

ZWEI JAHRE DANACH

IN ÄGYPTEN UND TUNESIEN IST NEUER UMGANG MIT DEM POLITISCHEN ISLAM NÖTIG

Vor mehr als zwei Jahren jagten die Menschen in Tunesien und Ägypten ihre Diktatoren davon. Aus den ersten freien Wahlen in diesen beiden Ländern gingen Parteien der Muslimbrüder-Bewegung als Gewinner hervor, und in Europa sprach man schnell vom «arabischen Herbst» oder dem «islamischen Winter».

Dabei waren die Wahlergebnisse nicht überraschend: Die Menschen wählten diejenigen, die sie kannten, die sie mehrheitlich als starke VertreterInnen ihrer Interessen wahrnahmen und denen sie die Übernahme der Regierungsgeschäfte zutrauten, auch um (Versorgungs-) Sicherheit und Stabilität wiederherzustellen. Die Linke in der arabischen Welt muss nun mit den Wahlerfolgen der islamistischen Parteien umgehen. Und für die meisten Menschen in Europa geht es – 30 Jahre nach der Iranischen Revolution – immer noch darum, erste Ansätze für eine Beschäftigung mit der Region zu entwickeln.

In vielen arabischen Ländern sind AkteurInnen des politischen Islam die einzigen breit organisierten Oppositionskräfte, teils schon seit Jahrzehnten. Vor allem durch ihre wohltätige Arbeit konnten sie sich in verschiedenen sozialen Milieus vernetzen und ihre Organisationen festigen. Die Regime duldeten diese Aktivitäten in unterschiedlichem Maße, nicht nur um staatliche Versorgungslücken zu schließen, sondern auch um einen Gegenpol zur linken, säkularen

Opposition zu fördern. Wo es möglich war, mischten die IslamistInnen auch politisch mit. In Ägypten zum Beispiel konnten sie erste Erfahrungen in Stadträten, nationalen Parlamenten und auch in den Berufsverbänden sammeln. Dass sie ihre Ziele auch unter sehr repressiven Bedingungen verfolgten, steigerte ihr Ansehen in der Bevölkerung.

Im Gegensatz zu den Muslimbrüdern haben sich die säkularen Kräfte, die die Revolutionen teilweise anführten, sehr divers organisiert. Lange befanden sie sich im unattraktiven Selbstfindungsprozess. Die Muslimbrüder waren den säkularen Kräften in punkto Organisation somit weit voraus, zumindest in Ägypten. Aber auch in Tunesien trat die regierende Ennahda Partei viel geschlossener auf als die säkularen, linken Kräfte, auch wenn ihre internen Konflikte immer deutlicher zu Tage treten. Hinzu kommt, dass die linke Bewegung nur über geringe finanzielle Ressourcen verfügt.

Der arabische Frühling hat bislang keine Umwälzung der Verhältnisse bewirkt. Die in Tunesien und Ägypten regierenden Muslimbrüder-Parteien planen keine wirtschaftlichen Kursänderungen. Die ökonomischen Systeme und die internationalen Handelsbeziehungen blieben bestehen und werden seither mittels neuer IWF-Schulden sogar noch verstärkt. Dass der ägyptische Präsident Mohammed Mursi zuletzt die Unterzeichnung eines neuen IWF-Kredits hinauszo-

gerte, war auch seiner Angst vor neuen massiven Protesten geschuldet. Denn den Kredit vom IWF gibt es nur im Gegenzug für den Abbau weiterer Subventionen – insbesondere für Brot und Benzin.

In den zwei Jahren seit Beginn des Arabischen Frühlings gab es aber auch strategische Entwicklungen bei den Linken in Ägypten und Tunesien. So tritt eine Gruppe tunesischer linker Parteien seit Oktober 2012 gemeinsam als «Volksfront» auf und will in dieser Formation auch bei den wahrscheinlich nicht vor Jahresbeginn 2014 stattfindenden Parlamentswahlen starten. Nach einer Umfrage von Ende Februar 2013 würde die Volksfront 12,2 Prozent der Stimmen erreichen (die islamistische Ennahda 29,4 Prozent, die konservativ-säkulare Nida Tunis 29,8 Prozent). In Ägypten hat sich der moderne Nasserist Hamdin Sabbahi als Politiker herausgestellt, auf den sich die heterogene Linke einigen kann. Sabbahi ging in den ägyptischen Präsidentschaftswahlen im Frühling 2012 knapp als Dritter durchs Ziel. In Kairo und anderen Großstädten erhielt er sogar die Mehrheit der Stimmen. Dies stimmt ägyptische Linke, SozialdemokratInnen und Liberale hoffnungsfroh hinsichtlich neuer Parlaments- und Kommunalwahlen.

«Die Menschen wollen sich ihre neu gewonnenen Freiheiten nicht mehr nehmen lassen.»

Sabbahis Ansatz, den im vorrevolutionären Ägypten bereits die Kifaya-Bewegung (arabisch: «Es reicht!») und später die breite Jugendbewegung verfolgte, könnte sich als wegweisend für die in den meisten arabischen Ländern abgeschlagene Linke erweisen. Sabbahi nimmt großen Abstand von ideologischen Zuschreibungen. So will er eine möglichst große Plattform bilden, deren gemeinsamer Nenner der Streit für soziale Gerechtigkeit darstellt, egal ob sich die Menschen als Linke verstehen oder nicht. Bereits heute findet sich in der starken ägyptischen Streikbewegung ein Quer-

schnitt der Gesellschaft, über politische Grenzen hinweg. Dieser Ansatz könnte den Weg für arabische Linke weisen, die von der Mehrheitsgesellschaft zumeist noch als «Fremde» oder «Ungläubige» betrachtet wird.

Auch wenn die Bilanz zwei Jahren nach Beginn der Revolutionen in vieler Hinsicht nicht gerade überschwänglich ist, hat sich insgesamt in Ägypten und Tunesien doch viel verändert: Eine Vielzahl politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Initiativen ist entstanden, und die Menschen wollen sich ihre neu gewonnene Rede- und Versammlungsfreiheit nicht mehr nehmen lassen. Sehr genau und kritisch schauen sie ihren Regierungen auf die Finger.

In der Beurteilung gesellschaftlicher, politischer und kultureller Vorgänge außerhalb Europas setzen deutsche und andere europäische Linke oft ihren Wertemaßstab (Französische Revolution, Aufklärung, Säkularismus) an, der seinerseits ein Produkt europäischer Geschichte ist. Es fehlt das Verständnis dafür, dass diese Werte in anderen Gesellschaften aufgrund anderer Erfahrungen und Entwicklungen anders interpretiert werden. Säkularismus wird in der arabischen Welt meist gleichgesetzt mit Gottlosigkeit und Verwestlichung. Und das westliche Verständnis von Freiheit ist synonym mit Individualisierung im Sinne von Verlust des sozialen Zusammenhalts und der Moralvorstellungen, die eine Gesellschaft konstituieren.

Die ägyptische Aktivistin Ola Shahba äußerte sich nach Veranstaltungen in Deutschland überrascht darüber, wie wenig die anwesenden Linken über ihr Land und ihren kulturellen Kontext wussten. «Bitte betrachtet unsere Revolution nicht auf orientalistische Weise», forderte sie Anfang 2012 mit Blick auf Edward Saids Definition von Orientalismus als einem Sammelsurium eurozentristischer, Vorurteile gegenüber arabischen und islamischen Gesellschaften. In diesem Sinne sollte sich die deutsche Linke unvoreingenommen mit den verschiedenen Ausprägungen islamischer und arabischer Gesellschaften und den darauf basierenden politischen Ansätzen der Linken in den jeweiligen Ländern beschäftigen.

PETER SCHÄFER BAUT DAS NORDAFRIKA-BÜRO IN TUNIS AUF. TANJA TABBARA LEITET DAS NORDAFRIKA-REFERAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

STEFAN THIMMEL

WÜRDEVOLLES TREFFEN

GUT 50.000 MENSCHEN KAMEN BEIM WELTSoZIALFORUM IN TUNIS ZUSAMMEN

Am 11. Weltsozialforum (WSF), das zur Unterstützung der tunesischen Revolution in Nordafrika stattfand, beteiligte sich auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dignité, Dignity, Würde: Schon das gewählte Motto des WSF – das erste Weltsozialforum wurde 2001 im brasilianischen Porto Alegre als Kontrapunkt zum parallel in Davos tagenden Weltwirtschaftsforum ins Leben gerufen – war für viele der internationalen, globalisierungskritischen TeilnehmerInnen sowohl neu als ungewohnt. Denn das wichtigste Treffen linker AktivistInnen und Intellektueller, das sich den Slogan «Eine andere Welt ist möglich» auf die Fahnen geschrieben hat, wurde in Tunesien so vehement wie selten zuvor mit der lokalen Realität einer noch sehr jungen und nach zwei Jahren wieder stark unter Druck stehenden «Revolution» konfrontiert. Dabei kann eine «Andere Welt» sicher nicht ohne Würde erreicht wer-

den. Und die Verteidigung ihrer «Revolution der Würde», der Dialog innerhalb der neu entstandenen Zivilgesellschaft sowie der Austausch mit den WSF-TeilnehmerInnen aus Europa und Lateinamerika, VertreterInnen aus Asien waren kaum präsent, war den TunesierInnen, die zirka 80 Prozent der etwa 50.000 TeilnehmerInnen stellten, die wichtigste Aufgabe, die auch die meisten mit viel Stolz und Selbstbewusstsein angingen. Das wurde auch durch die überaus positive Berichterstattung in einem Land, in dem die Medien mitnichten links eingestellt sind, wiedergespiegelt. Das dritte Weltsozialforum auf afrikanischem Boden wurde zu einem «offenen Raum» in dem die pluralistische, strikt anti-hierarchische Struktur, das Prozesshafte die fünf Tage im März 2013 prägten. Also genau das, was in der «Charta der Prinzipien» von 2001 als Grundkonsens formuliert wurde.

Das wurde bei der machtvollen, bunten Eröffnungsdemonstration des Forums – beides für die tunesische Gesellschaft ebenso neu und ungewohnt wie der Slogan für die internationalen TeilnehmerInnen – ebenso sichtbar wie bei der Frauenversammlung am ersten Tag, die von mehreren Tausenden Frauen in einem völlig überfüllten Auditorium durchgeführt wurde. Aber auch bei der großen Mehrzahl der fast 1.000 Veranstaltungen wurde offen diskutiert, natürlich auch nicht selten polemisiert. So wurde die Spaltung der nordafrikanischen Linken an der Haltung in Bezug auf Syrien überdeutlich. Wenn es hitzige Wortgefechte auf dem Campus gab, dann ging es um die Frage: Wie hältst du es mit Syrien? Diskussionen um den politischen Islam nahmen viel Raum ein, und die drei Veranstaltungen mit Tariq Ramadan, der einen Lehrstuhl für zeitgenössischen Islam in England innehat, waren die größten des Forums. Wie es in Nordafrika und in einem islamisch geprägten Land nicht anders zu erwarten war, stand die Auseinandersetzung mit dem Islam und dem Islamismus ganz oben auf der Agenda vieler Veranstaltungen. Wohingegen die Solidarität mit Palästina die große Klammer war, grundsätzliche Einigkeit herrschte in Bezug auf die Verurteilung Israels und seiner Siedlungs- und Vertreibungspolitik. Insofern war die vor knapp zwei Jahren vom Internationalen

Rat des WSF getroffene Entscheidung richtig, das Treffen in Tunis stattfinden zu lassen, auch um den lokalen und regionalen Bewegungen eine Plattform mit internationalem Presseecho zu ermöglichen und um die «Revolution der Würde» zu stärken.

Die schon traditionelle Präsenz und inhaltliche Beteiligung der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf und an den Weltsozialforen wurde auch in Tunis fortgeführt. Am Informationsstand der Stiftung herrschte zumeist reges Treiben und viel Interesse. Das zuweilen gefragt wurde: «Kommt ihr aus Luxemburg?», ist nach den vielen Jahren auch der intellektuellen Isolation weder verwunderlich noch schlimm. Denn in zahlreichen Gesprächen wurden Kontakte geknüpft, die vielen Materialien, eine Mehrzahl davon auf Französisch und in Arabisch, waren Selbstläufer, der im Dietz-Verlag Berlin erschienene Band über Rosa Luxemburg war heiß begehrt. Inhaltlich zeichnete die Delegation der Stiftung, zu der neben hauptamtlichen MitarbeiterInnen auch VertreterInnen von sozialen Bewegungen aus Deutschland sowie ProjektpartnerInnen aus Afrika und Lateinamerika gehörten, für vier Seminare verantwortlich: Die Auswirkungen der europäischen Migrationspolitik auf Nord- und Westafrika, Alternative Medien und die Revolution, die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Nordafrika sowie Ressourcenextrakti-

Auf der Eröffnungsmanifestation des Weltsozialforums in Tunis, März 2013. Foto: Stefan Thimmel



vismus als Entwicklungsmodell. Themen, die den thematischen Achsen des Forums zugeordnet waren. Auch wenn das Strategische, das Suchen und Finden von Handlungsoptionen, um die Klima- und Umweltprobleme oder die sozialen Probleme in Zeiten der «Krise» anzugehen, in Tunis 2013 deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb: Das Weltsozialforum ist und bleibt ein Ort des Austauschs, der Initiierung und Stärkung von Kampagnen und Netzwerken und nicht zuletzt auch ein symbolischer Ort und Raum.

MARIO CANDEIAS

HAUPTQUARTIERE IM BLICK

ES IST ZEIT FÜR DIE NEUGRÜNDUNG EUROPAS VON UNTEN

Die gesellschaftliche Mobilisierung im Süden Europas ist nicht nur gegen die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und IWF und die jeweilige Regierung gerichtet, sondern gegen die überkommenen Institutionen der repräsentativen Demokratie und kapitalistischer Herrschaft.

Sie zielen auf die Infragestellung und Neuschaffung der Institutionen, auf die Hauptquartiere der Herrschaft. Das Gemeinsame der Mobilisierungen kann sich nicht in der Forderung nach diesem oder jenem erschöpfen – einem Ende der Zwangsräumungen, Schuldenerlass oder europäischer Arbeitslosenversicherung –, auch wenn jede der erhobenen Forderungen unerlässlich ist. Es ist an der Zeit, den Protest zu europäisieren, die Forderungen und Kämpfe zusammenzuführen und einen Prozess zu beginnen, in dem die Neugründung Europas von unten auf die Tagesordnung rückt. In Spanien diskutieren PlatzbesetzerInnen, GewerkschafterInnen und die Vereinigte Linke, eine verfassungsgebende Versammlung in Gang zu bringen. Der doppelte Prozess einer verfassungsgebenden Versammlung und eines Schuldenaudits – darüber, welche Schulden legitim sind und zurückgezahlt werden sollen und welche nicht –, ermöglicht eine maximale zivilgesellschaftliche Partizipation. Er soll in Räte-Strukturen von den Vierteln und Regionen über die nationale bis zur europäischen Ebene organisiert werden. Und er verbindet dies mit den für die neuen Bewegungen für Wirkliche Demokratie charakteristischen politischen Formen der Beratung und Organisierung.

Statt also im Juni beim europäischen Protestgipfel Alter Summit in Athen weiter Forderungen an die herrschenden politischen Institutionen zu richten, eine weitere Demonstration zu organisieren, gilt es, einen solchen doppelten Prozess zu organisieren. Die Projekte nationaler und europäischer Schuldenaudits zielen auf die Illegitimität des Schuldenregimes, auf einen Schuldenstopp. Muss der Schuldendienst an jene, eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen geleistet werden? Sind diese Schulden nicht zu großen Teilen illegitim, also unrechtmäßig? Darüber wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten, ein Schuldentribunal, ähnlich wie in Ecuador 2010. Ein partizipativer, lokal und überregional verknüpfter verfassungsgebender Prozess von unten wie aktuell in Chile, nicht ganz vergleichbar mit denen in Ecuador, Bolivien und Venezuela, wiederum zielt auf das institutionelle Gefüge der Herrschaft in Europa, auf die «Hauptquartiere». Und er verbindet vielfältige Positionen der Bewegungen mit Blick auf eine gemeinsame Alternative, für eine Neugründung. Beide, miteinander verbundenen Prozesse könnten Verdichtungspunkte

Auch für diejenigen, die nicht direkt teilnehmen können. Und es ist und bleibt vor allem ein Prozess, an dem sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung auch weiterhin als Akteurin und Unterstützerin aktiv beteiligen wird. Mehr Informationen zu den jüngsten Weltsozialforen, Berichte und Kommentare finden sich im WSF-Blog der Stiftung unter <http://wsf.blog.rosalux.de/>.

STEFAN THIMMEL IST STELLVERTRETENDER LEITER DES BEREICHS POLITISCHE KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

sein, die die Mobilisierung gegen die Hauptquartiere mit ihrer grundsätzlichen Umgestaltung verbinden. Zugleich unterbrechen sie die katastrophale Kürzungsmaschine: nicht weiter mit *diesem* Herrschaftsprojekt Europa. Die Arabellion, die spanische Bewegung der Platzbesetzungen ab Mai 2011 und Occupy in den USA waren erste Unterbrechungen. Sie sind weiter zu treiben in dem Sinne, dass sie Widerstand mit einer Politik von unten verbinden, die Zeit einklagt und sich diese nimmt – für eine wirkliche Neugründung Europas. Ohne grundlegende Infragestellung und Schaffung neuer Institutionen bliebe auch eine mögliche Syriza-Regierung in Griechenland chancenlos. Die Asymmetrien der Macht in Europa sind ungeheuer. Ohne den Sturz der neoliberalen Regierungen wiederum drohen die Potenziale eines verfassungsgebenden Prozesses und eines Schuldenaudits zu verpuffen. Ob die Übernahme der Staatsmacht durch eine Partei neuen Typs wie in Griechenland sinnvoller wäre oder eine Frente Civico – eine «zivilgesellschaftliche Bürgervereinigung», die keine Regierung anstrebt – wie sie in Spanien diskutiert wird, bleibt offen und kann sich nur praktisch erweisen. Bruch und Neugründung sind nicht als Gegensätze zu betrachten, sie verweisen aufeinander.

Das Grundsatzprogramm der LINKEN schreibt dazu: «Die Europäische Union braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener primär-rechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind. Wir setzen uns deshalb weiter für eine Verfassung ein, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedsstaaten in einem Referendum abstimmen können. Wir wollen nicht weniger als einen grundlegenden Politikwechsel.»

MARIO CANDEIAS IST CO-DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTS-ANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DER BEITRAG ist ein Vorabauszug aus einer Analyse zur Eurokrise, die noch im ersten Halbjahr erscheint. Anfang Mai veranstaltete die Stiftung zudem in Nürnberg eine internationale Konferenz unter dem Titel «Krise in Europa – eine Gefahr für Demokratie und Solidarität?». Es sprachen unter anderem der Europaparlamentarier Thomas Händel sowie AktivistInnen aus mehreren europäischen Ländern. Unter www.rosalux.de/news/37924 findet sich ein Online-Spezial zur Eurokrise. Eine Seminarreihe zum Euro ist videodokumentiert unter www.rosalux.de/news/38928.



OSTEUROPA Seit Beginn ihrer internationalen Arbeit unterstützt die Stiftung politische Bildungsprojekte im östlichen Mitteleuropa sowie in Russland und dem postsowjetischen Raum. Die Büros in Warschau und Moskau gehörten vor zehn Jahren zu den ersten Auslandsvertretungen. Später

kam Südosteuropa mit dem Büro Belgrad hinzu. Insgesamt gibt es heute Kooperationen in 20 Ländern mit Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen, sozialen Bewegungen, Bildungs- sowie Forschungseinrichtungen. Mehr unter www.rosalux.de/internationale-politik/thema/osteuropa.

Eine Frauenrechtlerin der Gruppe «Femen» protestiert bei der Eröffnung der Cebit in Hannover gegen Russlands Präsidenten Putin. Foto: dpa

TIINA FAHRNI

STÄNDIG MISSVERSTÄNDISSE

WENN ES UM RUSSLAND GEHT REDEN OSTEN UND WESTEN ANEINANDER VORBEI

März 2013. Teams aus BeamtInnen von Staatsanwaltschaft, Steuerbehörden und Justizministerium statten Niederlassungen russischer und internationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO) unangekündigt Kontrollbesuche ab.

Sie interessieren sich für Bankbewegungen, Stellenpläne, Computerlizenzen, aber auch für Ziele der Arbeit und Herkunft der Gelder. Bis Ende März sind rund hundert Organisationen in 25 Regionen besucht worden, auch die Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau und die Konrad Adenauer Stiftung in Sankt Petersburg. Die deutsche Presse spricht von «Razzien», auf höchster politischer Ebene ist von einer schweren Belastung der bilateralen Beziehungen die Rede. Berechtigt?

November 2012. Auf dem elften «Petersburger Dialog» in Moskau tummelt sich die Crème de la Crème der deutsch-russischen Beziehungen, um die 250 Personen. Das Ereignis nennt sich «offenes Diskussionsforum». Was in der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft alle beschäftigt, ist eine Gesetzesnovelle, die besagt, dass NRO, die sich politisch betätigen und Gelder von ausländischen Gebern erhalten, sich als «ausländische Agenten» zu bezeichnen haben. Aber nicht nur dieses Gesetz wurde seit dem Beginn von Putins erneuter Präsi-

dentchaft im Mai 2012 verabschiedet. Der Tatbestand der Verleumdung wurde wieder ins Strafgesetzbuch aufgenommen, und kann bei Bedarf als Zensurinstrument genutzt werden. Internetseiten werden strenger kontrolliert, Minderjährige sollen vor Propaganda sogenannter sexueller Minderheiten geschützt werden, die Bußgelder für Zuwiderhandlungen auf Demonstrationen wurden um ein Vielfaches erhöht. Deutschland reagierte mit Kritik und stellte die Demokratie in Russland infrage. Berechtigt!

Aber vor welchem Hintergrund? Eine Demokratie westlichen Schnittmusters gibt es in Russland nicht, hat es nie gegeben und wird es nicht geben. Eine russische Ausprägung demokratischen Funktionierens von Gesellschaft ist nicht entstanden – nicht zuletzt, weil nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eiligst Kopien von im Westen bewährten Systemen auf nicht gewachsene Strukturen aufgepfropft wurden. Der demokratische Wandel wurde weniger von konzeptuellen, zielgerichteten gesamtgesellschaftlichen Überlegungen geleitet, denn im Chaos des Übergangs verkündet. Es gab weder Druck von innen in Form einer Massenprotestbewegung, noch die Zeit und den politischen Willen, um darüber nachzudenken, welche Art der Entwicklung für das auseinanderfallende Imperium

am geeignetsten wäre. Die Angst vor Leere und Reflektion, innen wie außen, und existenzielle Sorgen verhinderten, dass BürgerInnen Raum fanden für die Entwicklung eines erneuernden, gerechten und auf dem Gedanken der Gleichwertigkeit beruhenden Miteinanders. Am Petersburger Dialog wurde eindrücklich demonstriert, was die Veranstalter unter einem «offenen Diskussionsforum» verstehen. Beim Rundtischgespräch «Die Kunst einander zuzuhören» quälte eine Bundestagsabgeordnete als Kommentar zur deutschen Kritik gegenüber Russland «wir wohnen doch in derselben WG, da ist es ganz normal, einander auch mal zu kritisieren» in die Runde. In Russland ist die Wohngemeinschaft eine kaum betriebene Form des Zusammenlebens – dies zur interkulturellen Lesbarkeit von Metaphern. In der sowjetischen «Kommunalka», die einer WG strukturell wohl am nächsten kommt, teilte man sich unfreiwillig mit Unbekannten den Wohnraum und versuchte, möglichst konfliktlos nebeneinander her zu leben.

Kommt dieses Bild der heutigen Situation näher? Ein russischer Gesprächsteilnehmer klagte: «Selbst zu meiner Tochter sage ich nicht: «Du musst dies oder jenes tun», so wie es derzeit Deutschland Russland gegenüber tut.» So und so ähnlich redet man weiter aneinander vorbei. Forderung nach Freiheit und Demokratie hier, Beharren

auf eigenem Weg und Ablehnung von Bevormundung dort. Eine eigenständige demokratische Entwicklung fordert sowohl von Russland wie auch vom Westen mehr Weitsichtigkeit und weniger Aufregung, dafür mehr Mut, aus dem Zusammenwirken etwas Neues entstehen zu lassen. Stattdessen pocht man hier auf das Demokratie-Deutungsmonopol und dort auf traditionell genannte Werte als Teil einer Eigenständigkeit, die wieder zunehmend antagonistisch zum Westen konstruiert wird. Letzteres kann am Verbot der Adoption russischer Kinder für US-Bürger abgelesen werden, oder an der Stilisierung der EU zum «demokratischen Zerstörer» in der Griechenland- und in der Zypern-Frage. Während beide Seiten in ihren Positionen gefangen sind, nimmt die Bereitschaft, der Gegenseite zuzuhören, ab. Wer nimmt sich auf höherer zwischenstaatlicher Ebene die Zeit, im Gespräch herauszufinden, was tatsächlich hinter verwendeten Begriffen steckt? Solange von außen Druck ausgeübt wird, als «nicht eigen» wahrgenommene Wertvorstellungen umzusetzen, wird der Antagonismus weiter aufgebläht werden und kein inklusiver Dialog über eigene Varianten der Demokratie stattfinden können.

TIINA FAHRNI LEITET DAS AUSLANDSREGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MOSKAU

TEMUR PIPIA

ES REGT SICH PROTEST

GEORGIEN ZUM ENDE DER REGENTSCHAFT VON PRÄSIDENT SAAKASCHWILI

Die Regierungszeit Micheil Saakaschwilis endet im Oktober. Seit 2004 wurde Georgien kompromisslos und aggressiv neo-liberal reformiert. Doch inzwischen regt sich Protest.

Betriebe, Fabriken, Energieversorgungsnetze, Wasserkraftwerke, Seehäfen und sogar Wälder wurden im Zuge der völligen Entstaatlichung unter Saakaschwili privatisiert. Dies führte zur Konzentration des Kapitals in den Händen einiger Clans. Die blitzartige, märchenhafte Bereicherung dieser kleinen Minderheit ging Hand in Hand mit einer rapiden Verschlechterung der Lebensqualität für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Die Preise für Medikamente und medizinische Versorgung stiegen im privatisierten Gesundheitssystem rasant an. Eine gute Schul- oder Hochschulausbildung kann man nur für viel Geld und an privaten Institutionen bekommen. Alle sozialen Sicherungen für ArbeitnehmerInnen fielen den neoliberalen Reformen zum Opfer. Die USA und der Westen finanzierten die georgische Regierung, während die Bevölkerung Georgiens größtenteils von den Überweisungen der ArbeitsmigrantInnen im Ausland lebte.

Im Herbst 2012 schlug die sich zuspitzende gesellschaftliche Krise in eine politische um. Die Notwendigkeit einer sozialen Wende wurde so offensichtlich, dass dies sogar den bürgerlich-konservativen Parteien auffiel. Innerhalb der herrschenden Oligarchen-Elite entstand eine starke bürgerliche Opposition, die bereit war, die neoliberale Politik zu mildern und eine gemäßigte Außenpolitik zu führen. Deren Hauptziel ist nach wie vor die Integration Georgiens in europäische Strukturen und die NATO; die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Russland bleibt verboten. Das Verbot kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen mit Russland wurde jedoch aufgehoben, ebenso das Verbot von antimilitaristischer und gegen

die NATO gerichteter Propaganda. Auch linke Ideen gewinnen immer mehr Einfluss.

Als Folge politischen Widerstands erlitt die Georgische Arbeiterpartei von Schalwa Natelaschwili zwar eine Niederlage und verlor ihren offiziellen Parteistatus, dafür gewinnt die Sozialdemokratische Partei Georgiens (SDPG) von Gia Zhorzholiani nach dem Beitritt zur Oppositionskoalition «Georgischer Traum» als parlamentarische Partei an Gewicht. Sie hat während der Streikwelle im Herbst 2012, die vor allem im Bergbau, im Transportwesen und im Energiesektor für Produktionsausfälle sorgte, eine Vermittlungsfunktion zwischen Unternehmen und Beschäftigten übernommen und eine Arbeitsgesetzbuchreform initiiert. Eine herausragende Rolle spielt die AktivistInneninitiative Laboratorium-18, die sich personell mit der Jugendorganisation der SDPG überschneidet. Laboratorium-18 spricht sich kompromisslos gegen das neoliberale System aus und hat insbesondere durch Besetzung von Hochschulen auf die Missstände im Bildungswesen aufmerksam gemacht. Ihr Verdienst ist die Aneignung und Weitergabe zeitgenössischer linker Diskurse jenseits jeder Sowjetnostalgie. Die Vereinte Kommunistische Partei Georgiens wiederum wurde unter Saakaschwili sehr geschwächt, denn sie fällt unter das gesetzliche Verbot sowjetischer Emblematik und Ideologie.

Noch entsprechen linke Parteien und gesellschaftliche Bewegungen in Georgien nicht den Anforderungen der Zeit. Sie müssen sich ideell und organisatorisch weiterentwickeln. Aber auch für linke Kräfte ist der politische Raum nun zugänglich geworden. Nach und nach eignen sie ihn sich an.

TEMUR PIPIA IST MITGLIED DES GEORGISCHEN FRIEDENSKOMITEES.
ÜBERSETZUNG: XENIA URMENIC

STIPE ĆURKOVIĆ

NEUSTART IN ZAGREB

SEIT JANUAR GIBT ES IN KROATIEN WIEDER
DIE «LE MONDE DIPLOMATIQUE»

Die Mediengenossenschaft KopMedija gibt seit Jahresbeginn in Kroatien wieder eine «Le Monde Diplomatique» (LMD) heraus. Großes Ziel der linken MacherInnen: den dominanten Medienpraktiken im Land kritisch entgegenwirken.

Eine frühere kroatische Ausgabe, die von der Wirtschaftstageszeitung «Poslovni dnevnik» herausgegeben wurde, musste 2009 nach vier Jahren wieder eingestellt werden. Der Verlag wurde vom österreichischen Medienkonzern Styria geschluckt, der zuvor schon eine weitere Tageszeitung gekauft hatte. Die kroatische Medienszene ist kein Ort der Vielfalt, sondern weist oligopole Züge auf. Neben Styria dominiert vor allem der Medienkonzern Europapress Holding (EPH) den Markt. Die kroatische Druckmedienlandschaft hat damit zwei rechtslastige Pole. Styria steht für eine konservative, nationalistische, der katholischen Kirche nahestehende Weltanschauung. Die EPH bildet den offensiv neoliberalen Gegenpol. Gründer Ninoslav Pavić ist Teil der wirtschaftlichen Elite, die sich, eng verwoben mit der Politik, in den 1990er Jahren durch Privatisierung und Hinterzimmerdeals herausgebildet hat. Seit 1998 hält die in Essen ansässige WAZ-Mediengruppe einen Anteil von 49 Prozent an EPH. Die Tageszeitung «Jutarnji list» (Morgenblatt) aus dem Hause EPH war um die Jahrtausendwende wichtiger Teil der «pro-europäischen» Opposition gegen die seinerzeitige autoritäre Herrschaft Franjo Tudjmans und dessen Partei HDZ. Mittlerweile jedoch hat sich jegliche Illusion über eine »progressive« Ausrichtung von Pavićs Medienkonzern verflüchtigt. Die weiterhin meist distanzierte Haltung zum Nationalismus der EPH-Publikationen geht einher mit zunehmend aggressiven Kampagnen gegen die Gewerkschaften, den Sozialstaat und jegliche Regungen innerhalb einer sich langsam herausbildenden neuen kroatischen Linken. Insbesondere «Jutarnji list» hat sich als Sprachrohr der neoliberalen Reformbefürworter profiliert.

Vergleiche mit der deutschen bürgerlichen Medienszene lassen sich jedoch nur bedingt machen. Nach der Schließung der Tageszeitung «Vijesnik» im vergangenen Jahr ist die Tageszeitungsszene in Kroatien heute vollkommen durch die Boulevardblattlogik dominiert. «Vjesnik» gab sich zwar vordergründig journalistisch anspruchsvoll. Das Blatt war jedoch aufgrund seiner Funktion als Mitteilungsblatt der Regierung weithin verschmäht. Zeitungen wie «Jutarnji list» wiederum stellen mehr einen Hybrid aus FAZ oder Süddeutsche Zeitung und der Bild-Zeitung dar, die wiederum mit «24 sata» ein kroatisches Äquivalent hat. Die linke Medienszene beschränkt sich auf die Wochenzeitung «Novosti» (Neuigkeiten) der serbischen nationalen Minderheit und die Kulturzeitschrift «Zarez» (Komma). Nun ist die LMD hinzugekommen. Sollte sich diese Konstellation nicht halten, was aufgrund der prekären finanziellen Lage der meisten Publikationen nicht ausgeschlossen ist, so wäre dies für die noch schwache kroatische Neue Linke ein Rückschritt.

STIPE ĆURKOVIĆ IST LMD-CHEFREDAKTEUR IN ZAGREB UND MITBEGRÜNDER DES «ZENTRUMS FÜR ARBEITERSTUDIEN – CRS»

Ausführliche
Fassung
unter
[www.rosalux.de/
news/39418](http://www.rosalux.de/news/39418)

«SUCHE NACH DEMOKRATIE»

KORRUPTION LÖST MASSENPROTESTE
IN SLOWENIEN AUS

Im einstigen EU-Musterland Slowenien breitete sich seit dem Spätherbst – ausgehend von der Stadt Maribor – eine enorme Protestwelle aus. Der Philosoph und Autor Gal Kirn über die Hintergründe.

Was waren die Auslöser für die Proteste?

Kirn: Nach dem EU-Beitritt setzten neoliberale Reformen ein, und es begann eine verstärkte Privatisierung des Gesundheits-, Renten- und Bildungssystems sowie die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Bedingt durch die ökonomische Krise und die europäische Austeritätspolitik stagnierte die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit nahm zu, die Eliten versuchten die Macht der Gewerkschaften zu brechen. Hinzu kamen große Korruptionsskandale führender Politiker – sie brachten das Fass zum Überlaufen. Slogans wie «Es ist genug!», «Ihr seid alle Betrüger!» oder «Wir überlassen euch das Parlament, aber nicht die Straße!» begannen zu zirkulieren.

Was sind die Ziele?

Kirn: Das erste Ziel des Aufstands war die Ablösung der korrupten politischen Klasse. Dies wurde teilweise erreicht. Der Bürgermeister von Maribor trat im Dezember 2012 zurück. Einige lokale Politiker folgten. Ende Februar 2013 wurde die Regierung von Janez Janša im Parlament abgewählt. Doch die Proteste halten an, da auch die Programmatik der Übergangsregierung keine Unterschiede zu ihrer Vorgängerin aufweist. Der größte Wunsch ist: Weg mit dem gegenwärtigen Establishment, schaffen wir Formen direkter und demokratischer Politik. Die Leute sprechen wieder über den demokratischen Sozialismus, wünschen sich eine reale demokratische Regulation. Zwei Drittel der Bevölkerung befürworten tiefgehende soziale Veränderungen, ein Drittel sogar eine Revolution.

Wer sind die HauptakteurInnen?

Kirn: Die politische Agenda wird erarbeitet von Menschen, die auf der Suche nach einer möglichst breiten demokratischen Plattform sind. Zum Beispiel das Committee for Direct Democracy, die Frauen für eine andere Transition oder die Roten Radikalen. Aber auch bereits existierende Gruppen, die alternative politisch-ökonomische Programme formuliert haben, sind dabei: die Universitätsgewerkschaften, die Studentenorganisation «Iskra» und die Arbeiter- und Punker-Universität. In Maribor wurden kommunale Komitees gegründet, die sich ausschließlich mit Lokalpolitik beschäftigen sollen. Der neue Bürgermeister kommt aus der Aufstandsbewegung. Es wird auch viel über eine Parteineugründung der Linken gesprochen, die die politische Agenda der Proteste vertreten soll.

GESPRÄCH: KRUNOSLAV STOJAKOVIC



Gal Kirn



TRANSNATIONALE KOOPERATION stand im Mittelpunkt der Konferenz «Cross Solidarity» Ende April in Wuppertal. AktivistInnen aus Ländern wie Spanien, Großbritannien, Deutschland, Tunesien, Indien und der Türkei tauschten sich über neue Formen und Chancen internationaler Solidarität in Krisenzeiten aus. Die Tagung wird online dokumentiert – mehr unter www.rosalux.de sowie <http://cross-solidarity.net>.

CARSTEN KRINN

LIBERALER DISKURS

INTELLEKTUELLE DEBATTIEREN BEI HM-KONFERENZ / ORGANISIERTE LINKE FEHLT

Erstmals trafen sich insbesondere indische Marxisten und Linksintellektuelle zu einer regionalen Konferenz der renommierten Zeitschrift «Historical Materialism» (HM).

Anfang April wurde die Jawaharlal-Nehru-Universität Ort von Vorträgen unter dem Motto: «New Cultures of the Left». «Neue Kulturen» suchend war die Bewegungsbasis nur schwach, die traditionelle Linke gar nicht vertreten. Die relativ große organisierte südasiatische Linke zählt ihre Anhänger in Millionen. Hier aber war sie nicht einmal mit ihren Studentenorganisationen anwesend. Dabei ist allein der Studentenverband der größten linken Partei, der «Communist Party of India (Marxist)», die «Student Federation of India» (SFI) etwa vier Millionen Mitglieder stark, und der von der CPI(M) geführten Frauenorganisation AIDWA gehören ungefähr 18 Millionen Inderinnen an. Weder sie noch weniger große Gruppierungen wurden auf der Konferenz sichtbar. Die Organisatoren – meist aus dem Spektrum der undogmatischen Linken, wenn der Begriff für Südasiens Sinn macht – haben nur wenig Verbindung zu solch Massenorganisationen.

Renommierte marxistische Intellektuelle, bei denen das anders ist, wie Prabhat Patnaik oder Aijaz Ahmad waren nicht anwesend. Vielleicht lag es daran, dass bereits im Vorbereitungskomitee anti-sozialistische Tendenzen deutlich geworden waren. Ohne Zweifel ist die hiesige Linke in der Krise, sowohl theoretisch wie praktisch. Es

bleibt jedoch fraglich ob «Party-Bashing», wie von Jean Dreze weiterhilft, der über anarchistische Gedanken und die Zukunft der Linken sprach. Die Adressaten jedenfalls waren praktisch nicht anwesend. Getagt wurde in etwa 50 Einzelveranstaltungen, drei volle Tage jeweils in drei bis vier parallel stattfindenden Panels. Die Beiträge der vorwiegend akademischen Teilnehmer waren sehr unterschiedlich – auch im Hinblick auf die Qualität. Wer fundierte marxistische Beiträge erwartet hatte, wurde enttäuscht. Die Bandbreite reichte von: «Love and Oppression ...» über «Postcolonial Theory» bis zu: «The Making of Property». Besonders gut waren insbesondere Panels zu neuen Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlichen Formen sowie zu «Informal Labour». Wiederholtes und wichtiges Thema war «Gender». Wie thematisch nahe der furchtbare Vergewaltigungsfall einer jungen Studentin in Delhi im Dezember 2012 war, konnte man spüren. Delhi hatte zahlreiche heftige Proteste erlebt und seit Dezember sind die Medien voll von dem Thema.

Der langjährige Tübinger Vertrauensdozent und Soziologe John Neelsen sprach im Panel: «The Other Crisis: Capitalism as a Logic of Destruction» über die Folgen des Spätkapitalismus und dessen Krieg gegen Natur und Menschen. Aus Hamburg war der Vorsitzende der Landesstiftung, Andreas Merckens, Erzieher und Diplom-Sozialökonom, angereist. Er hielt einen Vortrag zu: «Counterhegemony, political education and pedagogy in Antonio Gramsci» vor. Beide wurden

am Ende ihrer herausragenden Beiträge mit Fragen überhäuft. Wie bei fast allen Sessions blieb für Antworten und Diskussion indes wenig Zeit. Die Panels waren meistens mit drei Rednern bestückt, die dazu neigten ihre Redezeit zu überziehen. Im Hinblick auf die Frageflut konnte die Zeit zu einem sinnvollen Diskurs nicht ausreichen. Wenn die Konferenz das Ziel hatte, vorwiegend verstreute Reste paralysierter linker Akademiker zusammen und in eine Debatte zu führen, war sie zum Teil erfolgreich. Wenn das Ziel eine vertiefte

Auseinandersetzung auf Grundlage historisch-materialistischer Methoden war, um gesellschaftliche Problemlagen in Südasiens besser zu verstehen, dann hätte man zweckmäßigere Formen finden können. Nichtsdestotrotz war die Konferenz, zentrale Fragen stellend, bedeutsam. Sicher wird sie nicht die Letzte sein – man darf gespannt sein.

CARSTEN KRINN LEITET DAS AUSLANDSREGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN DELHI

TORGE LÖDING

FESTUNG DER LITERATUR

STIFTUNG AUF BUCHMESSE HAVANNA / GEDENKEN AN BÜROLEITERIN KATHRIN BUHL

Die Internationale Buchmesse in Havanna ist eine ganz besondere Veranstaltung: Familien feiern die Messetage in der alten Festungsanlage «El Morro», wo einst Che Guevara seinen Kommandositz hatte, wie ein Volksfest.

Die LesefreundInnen finden ein so großes und buntes Literaturangebot wie sonst das ganze Jahr nicht auf Kuba – von Kinderbüchern, Comicheften mit Episoden aus der kubanischen Revolution, Gedichtbänden aus dem diesjährigen Gastland Angola über christliche Lektüre, klassische und zeitgenössische Romane bis hin zu verschiedenen Denkrichtungen des Marxismus. Nach der Zeit in der Hauptstadt geht die Buchmesse dann auf Wanderschaft durch Kubas Provinzen. Auch die Stiftung hat auf der Messe mittlerweile ihren festen Platz gefunden. Mit einem Infotisch in Kooperation mit Cuba Sí und der Beteiligung an sieben Veranstaltungen war das Regionalbüro Mexiko so präsent wie nie zuvor. Es koordiniert auch die Stiftungsarbeit auf Kuba. «Educación Popular, Alternativas y Resistencias» («Bildung von unten, Alternativen und Widerstand») lautet der Titel der Publikation des Regionalbüros, die rechtzeitig für die Vorstellung in Havanna fertig wurde. Es enthält auf 140 Seiten eine Auswahl der Beiträge eines internationalen Treffens unter gleichem Titel im November 2012 in Mexiko sowie einen Teil der Systematisierung dieser Veranstaltung. Dazu gehört auch der letzte Vortrag, den die ehemalige Leiterin des Auslandsbüros in Sao Paolo, Kathrin Buhl, in der Öffentlichkeit hielt. Sie verstarb – erschütternd für alle, die sie kannten – nur drei Wochen nach dem Treffen in Mexiko plötzlich und unerwartet. Buch und Veranstaltung sind Kathrin Buhl gewidmet, die mit ihrer «Erzählung von Educación Popular und Feminismus» einen sehr großen Eindruck bei den Teilnehmenden hinterließ. Es gelang ihr, dass der feministische Ansatz in der Debatte in Mexiko von einem Randthema zu einem zentralen Anliegen der «Educación Popular» wurde. Die Publikation enthält zudem zahlreiche Fotos von dem internationalen Treffen.

In Havanna unterstützten José Ramirez aus Guatemala und Herman Van de Velde aus Nicaragua die StiftungsvertreterInnen auf dem Podium mit ihren Vorträgen zu «Systematisierung und Educación Popular». Eine kubanische Lehrerin unterstrich in ihrem Beitrag aus dem Publikum die Wichtigkeit dieses fortschrittlichen Bildungsansatzes, der in das kubanische Bildungssystem integriert ist. Sie dankte der Stiftung für diese Möglichkeit zum internationalen Austausch. Für große Aufmerksamkeit sorgten auch die Veranstaltungen mit Paco Ignacio Taibo II und Paloma Saenz, Gründerin von «Para Leer en Libertad», einem Projektpartner in Mexiko. Der Che-

Biograf Paco ist einer der bekanntesten zeitgenössischen Schriftsteller Mexikos und präsentierte mit dem Band «El Mundo en los ojos de un ciego» (Die Welt in den Augen eines Blinden) zwei bisher unveröffentlichte Novellen. Am Eröffnungstag berichtete er zudem von sozialen Kämpfen in Mexiko, wo er kürzlich zum Kultursekretär der Linkspartei in Gründung «Morena» gewählt wurde. Hier entspann sich eine kontroverse Debatte um die Aktualität sozialistischen Gedankenguts und des Klassencharakters der mexikanischen Gesellschaft. Wie gut sich der kulturelle Raum für kritische politische Debatten eignet, zeigte sich auch am Beispiel des Podiums zur «Novela negra», einer besonderen Art des literarischen und sozialkritischen Krimis. Neben Paco Ignacio Taibo II (Mexiko) nahmen hier teil Juan Madrid (Spanien), Carlo Lucarelli (Italien), sowie die Kubaner Daniel Chavarría und Leonardo Padura, auf der Buchmesse ausgezeichnet mit dem kubanischen Literaturpreis 2013 für «Der Mann, der Hunde liebte». Letztere gerieten auf dem Podium in einen heftigen Streit über den Grad der Ausgrenzung von Homosexuellen im nach-revolutionären Kuba in den Jahrzehnten vor der Gründung des «Zentrums für Sexuallehre» (Cenesex) im Jahr 1989, das heute als Teil der Staatspolitik Toleranz gegenüber und gesellschaftliche Integration der LGTB-Bevölkerung gewährleisten soll.

TORGE LÖDING LEITET DAS AUSLANDSBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MEXIKO-STADT

Paco Taibo II (r.) und der kubanische Autor Eduardo Heras León





Meeresluft, Wärme, Hängematte: So lässt sich ganz gut leben – und arbeiten. Foto: picture alliance/Design Pics

AXEL KRUMREY

ZEIT IST IMMER KNAPP

VORGESTELLT: DIE GESPRÄCHSKREISE – FOLGE 1: «LEBENSZEIT – ARBEITSZEIT»

Die Wurzeln dieses Arbeitszusammenhangs der Rosa-Luxemburg-Stiftung reichen bis ins Jahr 2006 zurück.

Damals machte sich Stefanie Holuba darüber Gedanken, wie wohl die moderne Arbeitsgesellschaft gestrickt sein könnte und hielt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg für den richtigen Ort, genau darüber zu reden. Gewissermaßen war das die Geburtsstunde des Gesprächskreises «Lebenszeit – Arbeitszeit». Die organische Verbindung der beiden bewusst zusammengedachten Begrifflichkeiten oder besser der Versuch, beides miteinander in Einklang zu bringen war somit die Triebkraft für eine regelmäßig diskutierende Runde. Dabei gelang es über die Jahre, ganz verschiedene Milieus einzubinden. Angefangen beim Arbeitslosenverband erreichte der Gesprächskreis auch VertreterInnen aus dem Gewerkschaftsspektrum, der Linkspartei, Attac und vor allem das sogenannte kreative Prekariat. Die Perspektive auf gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen hat sich mittlerweile jedoch leicht verschoben. Es geht heute, da Rosalind Honig die Gesprächskreisarbeit koordiniert, vor allem um das Thema Zeit als knappe Ressource, von der ausgehend arbeiten und leben mit all ihren unterschiedlichen Aspekten miteinander vereinbar sind. Manchmal trägt das für einen Neuling vielleicht esoterische Züge, manchmal wird eher die philosophische Brille aufgesetzt. Immer jedoch ist die angenehme und offene Gesprächsatmosphäre, in der die Workshops organisiert werden, oberste Priorität. Dazu hat man beschlossen, die wenig produktive Seminarraumatmosfera zu verlassen und direkt zu den «Lebenskünstlern», wie sie Rosalind Honig bezeichnet, zu gehen. Deshalb finden Veranstaltungen unter Titeln wie «Drang zur Freiheit – Zwang

zum Geldverdienen» oder «Sensibilität und Markt. Gibt es wirtschaftliches Handeln nur mit Ellenbogenqualitäten oder geht es auch anders?» meist in Kooperation mit kleinen Vereinen statt, die ihren ganz speziellen Zugang zum Leben und zum Arbeiten vorstellen und mit den TeilnehmerInnen besprechen.

Das kann man sich dann so vorstellen wie im August 2012, als der Gesprächskreis nach Potsdam-Babelsberg ins Projekthaus des «Fördervereins innovativer Wohn- und Lebensformen» (InWoLe e.V.) einlud. Die BewohnerInnen und Gäste erhalten dort die Möglichkeit, sich über (Lebens-)Wege austauschen und die drängenden Probleme basisdemokratisch miteinander zu bewältigen. Selbst versteht sich der Verein als Ort für die praktische Umsetzung gesellschaftlicher Alternativen im Sinne eines sozialen und solidarischen Zusammenlebens. Und damit ist er genau der richtige Partner für den Gesprächskreis. Im Grunde genommen ist er nämlich nichts anderes als eine aktive Aufforderung, sich aus gewohnten Denkstrukturen zu lösen. Denn – so formuliert es wiederum die Projektkoordinatorin und Mentorin Rosalind Honig – «wenn man heutzutage arbeiten und leben möchte, muss man ziemlich kreativ vorgehen, um alles auf stimmige Weise unter einen Hut zu bekommen. Und auch dann stellt sich oft die Frage, ob und wie das überhaupt möglich ist.» Die eine oder andere gedankliche Lockerungsübung oder Meditationsphase vor den Gesprächsrunden macht dafür den Weg frei. Und selbst wenn das bei manchen Teilnehmenden zunächst Verwunderung auslöst – nicht nur bei Methodikern kommt die Arbeit des Gesprächskreises gut an.

AXEL KRUMREY KOORDINIERT DIE GESPRÄCHSKREISARBEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

HEINZ JAKUBOWSKI

DER BOLSCHEWIKI ÜBERDRÜSSIG

SERIÖSE EDITION DER ERINNERUNGEN VON BALABANOFF

«Angelica – wer? Balabanoff? Nie gehört.»
Es waren gebildete Freunde, die ich auf ein Buch aufmerksam zu machen suchte, das mir in die Hände gefallen war.

Erstmals seriös ediert werden die Erinnerungen einer Frau an Lenin vorgelegt, die während des Ersten Weltkriegs, in der russischen Revolution von 1917 und in den ersten Sowjetjahren zu seinem engsten Umfeld gehörte. Im Jahr 1921 war Balabanoff der Bolschewiki und ihren Methoden so überdrüssig, dass sie lieber wieder in die Emigration ging. Das Porträt dieser hochgebildeten Jüdin aus der russischen Großbourgeoisie, die ihrer Klasse aus dem Nest gefallen war, hing noch 1919 in Sowjetrusslands Amtsstuben neben denen von Lenin und Trotzki. Während des Weltkrieges hatte Angelica Balabanoff (1869–1965), die seit 1912 Vorsitzende der Sozialistischen Partei Italiens war, in der Schweiz die Zimmerwalder Bewegung organisiert. Hier vereinigten sich die wenigen europäischen Sozialdemokraten, die nach Kriegsausbruch nicht vergessen hatten, was sie zuvor gelobt hatten, und koordinierten ihre Aktionen. Aus dem linken Minderheitenflügel um Lenin ging 1919 die Kommunistische Internationale hervor, Angelica Balabanoff wurde ihre Sekretärin. Damals kannte in Europa jedes Kind diese – von den einen geliebte, von den anderen gefürchtete und gehasste – Frau, die vor dem Weltkrieg eng mit August Bebel, Jean Jaures, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Leo Jogiches zusammengearbeitet hatte.

Es wird berichtet, dass Angelica Balabanoff nach ihrer Ausreise aus Sowjetrussland im Wien der 1920er Jahre mit wenigen Büchern, vielen zerlesenen Zeitungen und einem verrotteten Petroleumkocher als Untermieterin von einem Zimmer zum anderen gezogen und im Frankreich der dreißiger Jahre beinahe verhungert sei. Überlebt habe sie nur, weil italienische Freunde, die vor der faschistischen Diktatur Benito Mussolinis geflohen waren, sie 1935 in die USA holten. Noch Jahrzehnte nach ihrer erneuten Emigration hatte Angelica Balabanoff – trotz Stalinismus und Massenterror – gehofft, dass die Diktatur der Bolschewiki einen Sozialismus und nicht nur seine schauerliche Karikatur freisetzen könne. Erst die Niederschlagung der ungarischen Revolution im Herbst 1956

habe sie vom Gegenteil überzeugt: Der Erhaltung der Macht war zwangsläufig alles andere untergeordnet, das Mittel längst zum Zweck verkommen, und zwar unumkehrbar. Erst jetzt machte sich Angelica Balabanoff an ihre Erinnerungen an Lenin: «So mancher – Freund oder Feind – identifiziert die Ergebnisse des Regimes der Bolschewiki mit Lenins Absichten, während in Wirklichkeit zwischen dem, was Lenin schaffen wollte, und dem, was er tatsächlich schuf, ein unüberbrückbarer Abgrund besteht, der sich immer mehr vertieft. Man steht hier vor einer tiefen, unermesslichen Tragödie. Es zeigt sich, dass die Absicht, selbst wenn sie von noch so edlen Motiven und Intelligenz geleitet und mit einem noch so starken Willen und einem unerschütterlichen Mut verfolgt wird, nicht verwirklicht werden kann, wenn sie sich über die ehernen Gesetze der sozialen Entwicklung hinwegzusetzen sucht. Die Tragödie eines solchen Menschen wird umso furchtbarer, wenn er sich an dem vergeht, was er selbst andere gelehrt und als Leitstern des Denkens und Handelns für ganze Generationen verkündet hatte. So erging es Lenin, als er sich anmaßte, die wirtschaftliche Entwicklung eines Riesenlandes und das Klassenbewusstsein seiner werktätigen Bevölkerung durch Gewalt und Totalitarismus zu ersetzen, als er daran ging, im Kampfe um die Befreiung einer unterdrückten und ausgebeuteten Klasse dieselben Mittel zu verwenden, die die von ihm bekämpfte, zum Niedergang verurteilte Klasse im Laufe ihrer Herrschaft über die besitzlosen, ausgebeuteten Volksmassen verwendet und vervollkommen hatte.»

Angelica Balabanoff hat erst in ihren letzten Lebensjahren, als der italienische Staat sich entschloss, ihr eine Rente zu zahlen, wieder eine eigene Wohnung beziehen können. Das war ihr lieber als die Alternative: «Gezwungen zu sein, so zu leben, wie die Bolschewiki leben, von Schmeichlern umgeben, Vorrechte aller Art zu genießen und mir die Verwünschungen ihrer unzähligen, gemarterten Opfer zu verdienen, für ihre Schandtaten durch meine Gegenwart die Verantwortung mit zu übernehmen, das wäre meine – schreckliche – Strafe gewesen.»

HEINZ JAKUBOWSKI IST PUBLIZIST UND HERAUSGEBER DES ONLINEMAGAZINS «DAS BLÄTTCHEN»

Sozialismus
 statt Diktatur und Verrat



Angelica Balabanoff
**LENIN ODER: DER ZWECK
 HEILIGT DIE MITTEL**

192 SEITEN, KLAPPENBROSCHUR
 22,00 EURO, ISBN 978-3-320-02288-4
 KARL DIETZ VERLAG BERLIN 2013

Verlagsprogramm
 im Internet unter:
[www.
 dietzberlin.de](http://www.dietzberlin.de)

NEUERSCHEINUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

KOMINTERN, LENIN UND UMKÄMPFTER SOZIALSTAAT

DOWNLOAD UNTER WWW.ROSALUX.DE/PUBLIKATIONEN

MANUSKRIPTE NEUE FOLGE 4

Horst Kahrs (Hrsg.)

UMKÄMPFTER SOZIALSTAAT

EIN BLICK AUF KLASSENSTRUKTUREN UND TRANSFORMATIONEN

77 S., BROSCHUR, ISSN 2194-864X

Am 17. Juli 2012 führten das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Bereich Wissenschaftlicher Sozialismus der Zentralen Parteihochschule der KP China eine Tagung zu Fragen der Veränderung der Sozialstruktur und ihres Zusammenhangs mit Aufbau und Gestaltung sozialstaatlicher Institutionen durch. Im Rahmen der bestehenden Arbeitskontakte zwischen den beiden Institutionen sollte das wechselseitige Verständnis für den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland und China vertieft werden. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der veränderten Klassenzusammensetzung im Zuge der Industrialisierung und die Herausbildung und Transformation sozialstaatlicher Institutionen. Mit Beiträgen von Michael Brie, Horst Kahrs, Katharina Pühl und Michael Vester.

REIHE GESCHICHTE DES KOMMUNISMUS UND LINKSSOZIALISMUS XVII

Sobhanlal Datta Gupta

KOMINTERN UND KOMMUNISMUS IN INDIEN 1919-1943

359 S., GEBUNDEN, 34,90 EURO, KARL DIETZ VERLAG BERLIN 2013, ISBN 978-3-320-02276-1

Die Politik der Komintern auf dem Gebiet des nationalen Befreiungskampfes der kolonial unterdrückten Völker führte immer wieder zu internen Kontroversen. Denen musste sich schon Lenin, der Autor der Ko-

lonialthesen, stellen, als ihn der Inder Manabendra Nath Roy 1920 auf dem 2. Kongress der Komintern mit eigenen Ergänzungsthesen herausforderte. Gestützt auf reichhaltiges Quellenmaterial aus russischen, englischen, indischen und deutschen Archiven und eingebettet in den Gesamtzusammenhang der Kominterngeschichte, konzentriert sich die vorliegende Abhandlung auf den politisch-ideologischen Werdegang des indischen Kommunismus. Sobhanlal Datta Gupta ist ein ausgewiesener Fachmann auf diesem Gebiet. Er präsentiert dem Leser neue Fakten und Einsichten – nicht zuletzt im Zuge seiner Auseinandersetzung mit dem Stalinismus.

CRASHKURS KOMMUNE 7

LOKAL ANKOMMEN

KOMMUNALE UND REGIONALE GEGENÖFFENTLICHKEIT

104 S., BROSCHUR, 7,50 EURO, VSA:VERLAG HAMBURG, ISBN 978-3-89965-506-3

Lokale Gegen-Öffentlichkeit muss aber weit mehr sein als Werbung für das eigene Tun. Sie hilft Transparenz und Akzeptanz zu schaffen, für das, was im Argen liegt, was getan werden müsste, aber auch für das, was eben noch nicht umgesetzt werden kann. Linke Mandatsträger_innen müssen ihre Anliegen und Aktivitäten »unter die Leute bringen«. Das spezifische Anliegen öffentlichen Handelns verlangt neue Formen der Zusammenarbeit mit Bürger_innen und einen guten Kontakt zu den lokalen Medien. Der veränderte Medienkonsum verlangt zudem die Pflege von Website und Social Media und die Entwicklung ungewöhnlicher Aktionsformen. Das Buch ent-

hält inhaltliche Anregungen und entsprechendes Handwerkszeug.

HISTORISCHE MINIATUREN

Hedeler, Wladislaw (Hrsg.)

LENIN ODER: REVOLUTION GEGEN DAS «KAPITAL»

Reihe Historische Miniaturen

144 S., BROSCHUR, MIT 8 ABB., 9,90 EURO, KARL DIETZ VERLAG BERLIN, ISBN 978-3-320-02294-5

Das von Lenin begründete und von seinen Nachfolgern ausgebaute Regime wurde und wird von Freund und Feind oft mit seinen Absichten identifiziert, während in Wirklichkeit zwischen dem, was er schaffen wollte, und dem, was er tatsächlich schuf, ein unüberbrückbarer Abgrund bestand.

Julia Killet, Helga W. Schwarz (Hrsg.)

MARIA LEITNER ODER: IM STURM DER ZEIT

144 S., BROSCHUR, 9,90 EURO, KARL DIETZ VERLAG BERLIN, ISBN 978-3-320-02292-1

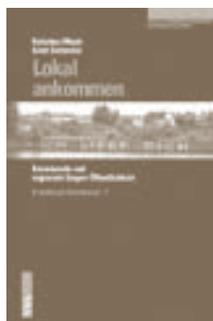
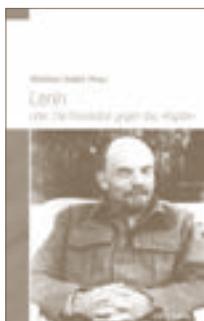
Maria Leitner wurde zunächst durch ihre engagierten Reiseberichte aus dem Amerika der 1920er Jahre bekannt: unter dem Titel »Eine Frau reist durch die Welt«, die erstmals 1932 erschienen. Die Kommunistin verfolgte aufmerksam die politische Entwicklung. Die Nazis setzten ihren Roman »Hotel Amerika« auf die »Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums«. Prag, Wien, Paris, das Internierungslager Gurs sowie Toulouse und Marseille wurden Stationen ihrer Flucht.

Hervé, Florence (Hrsg.)

FLORA TRISTAN ODER: DER TRAUM VOM FEMINISTISCHEN SOZIALISMUS

144 S., BROSCHUR, MIT 9 ABB., 9,90 EURO, KARL DIETZ VERLAG BERLIN, ISBN 978-3-320-02293-8

«Meine Großmutter war eine merkwürdige Frau. Sie nannte sich Flora Tristan. Sie erfand die sozialistische Arbeiterunion; Arbeiter setzten ihr ein Denkmal. Wahrscheinlich konnte sie nicht kochen. Ein sozialistischer, anarchistischer Blaustrumpf.» Paul Gauguin





LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

1
2013

GEWERKSCHAFTEN: AUSSER KONKURRENZ Jenseits des Krisen-
 korporatismus | Arbeitskämpfe an der Charité | Öffentlicher
 Dienst unter Druck | Standortkonkurrenz und Konversion
 Flexibel streiken | Wem gehört die Zeit? | Kirche vs. Streikrecht

AUSSERDEM Occupy Lenin | Spanien: Recht auf Wohnraum
 Kroatien: Studierende in Bewegung | Grüner Sozialismus:
 Missglückte Einstiege?

MIT BEITRÄGEN VON Heinz Bierbaum | Laura Flanders | Luigi
 Wolf | Sam Gindin | Michael Hurley | Wolfgang Menz
 Catharina Schmalstieg | Miguel Sanz Alcántara | Christine
 Lohr | Peter Birke | Emma Dowling | Mimmo Porcaro
 Mehrdad Payandeh | Sybille Stamm u.a.

April 2013, 160 S., VSA: Verlag, 10,- Euro,
 Jahres-Abo 30,- Euro (4/Jahr), erm. 20,- Euro,

www.zeitschrift-luxemburg.de

Foto: Chow Kar Hoo

«Linke sollten den Begriff der Demokratie nicht aufgeben. Denn gesellschaftliche Konflikte wird es noch für lange Zeit geben. Das Verständnis der Demokratie darf freilich nicht mehr verkürzt werden auf ein Mitspracherecht der Subalternen bei den Entscheidungen der Herrschenden. Es geht vielmehr um den Übergang zu einer Selbstregierung der frei Assoziierten.»

ALEX DEMIROVIĆ